

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

3. Jahrgang.

Dienstag, 27. November 1923.

Nr. 277.

## Kapitalistische Bodenreform.

Eine der Errungenschaften der Revolution, in der das tschechische Volk die letzten Reste des Feudalismus beseitigte, ist die Bodenreform, welche die feudalen Großgrundbesitzer enteignete und den Massen der tschechischen Kleinbauern so viel Grund und Boden geben sollte, daß sie leben könnten. Aber so wie das tschechoslowakische Bürgertum im allgemeinen den Staat als Herrschafts- und Ausbeutungsobjekt ansieht, so ist auch die Bodenreform nicht den Massen der Kleinbauern zugute gekommen, sondern Spekulanten und kapitalistischen Großbauern. Das Bodenzuteilungsgesetz vom 30. November 1920 sieht vor, daß der Boden kleineren Landwirten, Häuslern, Kleingewerbetreibenden, Hinterbliebenen nach Militärpersonen, Genossenschaften, Gemeinden und anderen gemeinnützigen Verbänden zugeteilt werde. In Wirklichkeit wird aber der Boden den bisherigen agrarischen Kapitalisten gegeben, damit diese ihren Besitz abrunden können. Nicht eine Dezentralisation des Bodens, sondern eine Konzentration des agrarischen Kapitals tritt ein. Daß dem so ist, dafür kann eine Reihe von Beispielen angeführt werden.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben schon im Jahre 1920 im Parlament auf den Verkauf der Herrschaft Liboch an den dortigen Gutsverwalter und einen Fabrikanten aus Straßnitz bei Prag hingewiesen. Der Großgrundbesitz Liboch wurde an ein Konsortium von Kapitalisten zum Preise von 21,5 Millionen verkauft, obwohl Sachverständige den Besitz auf 47,5 Millionen Kronen eingeschätzt haben. Die Wälder Karpatenlands sollen nach einem neuesten Plan einer Gesellschaft von Spekulanten preisgegeben werden. Zu wessen Gunsten die Bodenreform erfolgt, erhebt man daraus, daß von den vier Millionen Hektar beschlagnahmten Bodens etwa 100.000 Hektar nur etwas mehr als 40.000 Hektar erhielten. Dazu kommt noch die nationalstische Ausbeutung der Bodenreform, die unter anderem darin zutage tritt, daß vom Großgrundbesitz Czernin-Neuhaus in Böhmen die deutschen Bodenbesitzer ein- bis eineinhalb Millionen Hektar erhalten haben.

Schuld an diesen unerhörten Zuständen trägt die parteiische und kontrolllose Verwaltung des Bodenamtes, in der nur die sogenannten „Staatsbehaltenden“ Parteien vertreten sind. In den Zeitungen werden seit einer Reihe von Monaten die denkbar schwersten und ehrenrührigsten Vorwürfe gegen die Wirtschaft im Bodenamte erhoben. Das Amt wird dessen geziehen, daß es Bodenübertragungen zum Schaden des Staates vornehme und das Landwirteblatt „Rosa“ beschuldigt das Bodenamte, daß es „unermessliche Vermögen des Staates weggestohlen“ habe. Das Bodenamte ist die Domäne der tschechischen Agrarpartei, die agrarische Alique, welche das Bodenamte beherrscht, lebt von der Vereinnahmung. (So schreibt das liberale Blatt „Cech“.) In den Aktiengesellschaften oder Zuckerraffinerien, denen Boden zugeweiht wurde, sitzen lauter Vertreter der Agrarpartei, und bei der Aufteilung der Restgüter der Liechtensteinischen Herrschaften Kolin und Kourim sollen, wie das „Pravo Lidu“ behauptet, nur führende Parteimitglieder der tschechischen Agrarpartei bedacht worden sein. Selbst das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie, das doch hinter der Regierung steht, nennt dieses Vorgehen „gesetzwidrig, unmoralisch und eine aufgelegte Korruption“.

Dabei haben die Herrschaften im Bodenamte ein so weites Gewissen und eine so dicke Protektionshaut, daß sie sich alle Anklagen ruhig gefallen lassen. Die Verwaltung des Bodenamtes versucht sogar jede öffentliche Erörterung ihrer Tätigkeit zu unterdrücken. So haben die „Dobro Noviny“ unlängst gemeldet, daß die Ministerien für Justiz und des Innern Ge-

## Reichsfinanzler Albert — oder Reichstagsauflösung?

Regierungsbildung mit völkischen Hindernissen. — Sachverständigenkabinett oder Koalitionsregierung. — Neutrale Haltung der Sozialdemokraten.

Berlin, 26. November. (Wolff.) Nachdem der Versuch des Reichstagsabgeordneten von Kardorf, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gestern gescheitert ist, hat Reichspräsident Ebert im Laufe des heutigen Tages mit den Reichsministern Dr. Jarres, Dr. Brauns und Dr. Gehler die Frage der Kabinettsbildung besprochen. Die Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß zur Zeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittag an den früheren Reichsminister Albert folgendes Schreiben gerichtet:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zur Zeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl, Ihre mir geäußerten und auch von mir gewürdigten Bedenken zurückzusetzen. Für eine umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm.

Berlin, 26. November. (Eigenbericht.) Der vom Reichspräsidenten zum Reichsfinanzler ausersichene frühere Reichsminister Dr. Albert findet im allgemeinen eine kühle Aufnahme. Vorbehaltlos abgelehnt wird er von den Deutschnationalen, während sich die bisherigen Regierungsparteien die endgültige Stellungnahme noch vorbehalten. Herr Albert hat die Absicht, sein Kabinett möglichst bis morgen zusammenzustellen und Mittwoch oder Donnerstag vor den Reichstag zu treten. Ob er dort den notwendigen Rückhalt finden wird, hängt von seinem Programm und seinen politischen Handlungen ab. Die Sozialdemokratie wird einem Kabinett Albert zwar kein Vertrauensvotum ausstellen, aber sie wird ihm gegenüber wenigstens Zurückhaltung üben, wenn sie bindende Zusicherungen erhält, daß die neue Regierung die Forderungen, die unsere Partei schon dem Kabinett Stresemann vorgelegt hat, wirklich durchzuführen die Absicht habe.

Von den Herrn Albert nahestehenden Kreisen wird versichert, daß der neue Reichsfinanzler sofort nach seinem Amtsantritt den militärischen in einen zivilen Ausnahmezustand umwandeln will. Sollte das zutreffen, so würde Herr Albert die Linke des Reichstages wenigstens zu einer Zurückhaltung veranlassen. Allerdings steht in der Liste der von ihm in Aussicht genommenen Mitarbeiter nichts davon, daß der Kurs der neuen Regierung sich von dem der alten wesentlich unterscheiden werde. Es tauchen wieder die Namen von Gehler, Jarres und Brauns auf, gegen die die Sozialdemokraten berechtigtes Mißtrauen haben.

Sollte das Kabinett Albert vom Reichstag abgelehnt werden, so wird der neue Reichsfinanzler den Reichstag auflösen und Neuwahlen anberaumen. Ob deren Durchführung unter den augenblicklichen Verhältnissen im besetzten Gebiet, in Bayern und in Sachsen aber möglich ist, erscheint sehr zweifelhaft.

## Die Folgen des Parteienverbotes:

Kommunistische und völkische Geheimbünde.

Berlin, 26. Nov. Nach einer Korrespondenz bringen die Blätter einen Beschluß des Direktoriums der kommunistischen Partei Deutschlands, in dem es heißt: Die kommunistische Partei bleibt bestehen. Sie setzt die Arbeit der Or-

ganisation der revolutionären Arbeiterschaft nach wie vor fort. Alle bisherigen Funktionäre der Partei sind ihrer Posten enthoben. An die Stelle der Zentrale tritt ein Direktorium, das die Leitung der Partei übernimmt. Der Sitz des Direktoriums wird ins Ausland verlegt. Die Mitgliedsbücher und Beitragsmarken werden für ungültig erklärt. Die Kontrolle der Mitglieder-

heimerrlässe herausgegeben haben, in denen jede öffentliche Versammlung, die sich mit der Tätigkeit des Bodenamtes befaßt, verboten werden soll, wenn das Amt nicht selbst seine Zustimmung erteilt. Tatsächlich wurde in Kourim eine Versammlung der tschechischen Sozialdemokraten, in der über die Zustände im Bodenamte gesprochen werden sollte, verboten. Danach ist es kein Wunder, wenn selbst tschechische Blätter, wie das schon zitierte „Rosa“, der Meinung sind, daß es nach allem besser wäre, „die ganze Bude des Bodenamtes zu schließen“.

Die einzige Möglichkeit, in die Wirtschaft des Bodenamtes Ordnung zu bringen, bestünde darin, daß eine entsprechende Kontrolle unter Mitwirkung aller Parteien — und nicht nur der „Staatsbehaltenden“ — vorgeesehen wäre. Die Kontrolle der öffentlichen Verwaltung ist ein wichtiges Recht jeder Opposition und es ist gegen den Geist der Demokratie gehandelt, wenn die Prager Parlamentsmehrheit die oppositionellen Parteien von der Verwaltung des Bodenamtes einfach ausschließt. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben schon in früheren Interpellationen Klärung über die Zustände im Bodenamte, sowie eine Ver-

ganisation der revolutionären Arbeiterschaft nach wie vor fort. Alle bisherigen Funktionäre der Partei sind ihrer Posten enthoben. An die Stelle der Zentrale tritt ein Direktorium, das die Leitung der Partei übernimmt. Der Sitz des Direktoriums wird ins Ausland verlegt. Die Mitgliedsbücher und Beitragsmarken werden für ungültig erklärt. Die Kontrolle der Mitglieder-

leitung der deutschen Sozialdemokratie daselbst verlangt. Die Abgeordneten Schweichardt, Leibl, Cermak und Genossen haben vor einigen Tagen in einer neuerlichen Interpellation die Mißstände, die im Bodenamte herrschen, eingehend geschildert, die aufgestellten Behauptungen mit Belegen bewiesen und man kann nun neugierig sein, welche Antwort die Regierung dieser Interpellation wird zuteil werden lassen.

In den letzten Tagen sind soviel Skandalaffären aus der öffentlichen Verwaltung bekannt geworden, daß eine Regierung, die sich ihrer moralischen Verantwortung doch bewußt sein muß, mit einem eisernen Wesen aussehren müßte, damit nicht der letzte Rest von Vertrauen, den die Bevölkerung zur öffentlichen Verwaltung hat, verloren geht. Ob die jetzige Regierungsmehrheit zu dieser Arbeit noch fähig ist, wissen wir nicht. Wenn aber in den tschechischen Regierungsparteien noch ein Funke von demokratischem Verantwortungsgefühl lebt, dann werden sie es nicht dazu kommen lassen, daß die Bevölkerung das öffentliche Leben dieses Staates als einen Sumpf ansieht, vor dessen überlickenden Dämpfen jeder anständige Mensch davonlaufen muß.

wid auf illegalem Wege durchgeführt. Die Bedingungen für Renaufnahmen in die Partei werden verschärfte. Wer der Partei zum Verräter wird, hat sein Leben verwirkt und verfällt der revolutionären Parteipolizei.

Berlin, 26. Nov. Wie die „Montagspost“ aus Hamburg meldet, wurden in der Nacht zum Sonntag etwa 60 Angehörige des „Niederbayerischen Ringes“, einer völkischen Vereinigung im Stadtpark bei einer militärischen Nachübung überrascht und festgenommen.

## Eine Trauerfeier mit Prügeleien.

Berlin, 26. November. Am gestrigen Totensonntag, den die nationalen Offiziersverbände zu einer Trauerfeier in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche benutzten, kam es zu schweren Ausschreitungen. Der Feier wohnten viele Anhänger Hitlers und Ehrhardtleute bei. Die Menge nahm gegen die Teilnehmer an der Feier Stellung, es kam zu einer wüsten Schlägerei. Wache mußte eingreifen und hatte eine Stunde zu tun, um die Kämpfenden zu trennen.

## Blut nicht.

Arbeitslosenfundgebungen und Separatistenkämpfe.

Düsseldorf, 25. November. (Sabas.) Die Erregung der Arbeitslosen in der Stadt dauert fort. Es finden zahlreiche Manifestationen statt. Bei einer Plünderung kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei einige Personen getötet und zahlreiche verwundet wurden. Einige Mitglieder der nationalistischen Organisation, sogenannte Grenzwachter, wurden verhaftet, die von der Vereinigung „Oberland“ unterhalten wurden und die Kapitän Rohme befehligte.

Paris, 25. November. (Sabas.) „Journal“ meldet aus Duisburg, daß die Nationalisten und die Sicherheitspolizei einen Angriff auf ein Haus unternommen haben, in dem sich Separatisten verborgen hielten, welche das Feuer erwiderten. Der belgische Wachtposten, der in der Nähe dieses Hauses stand, wurde getötet. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, u. a. auch der Polizeikommissar von Mühlheim.

Düren, 25. November. (Wolff.) Die Bevölkerung hat gestern den Versuch gemacht, sich der Sonderbündler zu entziehen. Es kam zu Kämpfen, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Den schwerbeschundenen Sonderbündlern, die mit Sandgranaten und Karabinern gegen die Menge vorgingen, gelang es schließlich, sich in ihren Stellungen zu behaupten.

## Ein Rheinland, aber nur im Rahmen des Deutschen Reiches.

Berlin, 26. November. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten und Bezirksvorstände der Partei und der Gewerkschaften des besetzten Gebietes waren heute in Berlin versammelt, um über die Rheinlandsfrage zu beraten. Reichstagsabgeordneter Meertel berichtet über die bisherigen Verhandlungen zwischen den deutschen Parteien und den Wirtschaftsvertretern, ferner über die Verhandlungen des in Haag mit Billigung der Regierung des Reichs und Preußens gewählten Fränkenerausschusses mit dem Chef der Rheinlandskommission Tarrard. Die von französischer Seite gemachten Vorschläge, die einen aus dem Reichsverbande ganz oder nahezu losgelösten Rheinland mit französischem Einfluß fordern, wurden von der Versammlung einstimmig als unannehmbar bezeichnet. Eingehend wurde über dem aus deutschem Kreise gekommenen Vorschlag diskutiert, ein Direktorium mit eigenem Verwaltungsausschuß für das besetzte Gebiet zu schaffen, auf welche Körperschaft die Hoheitsrechte des Reiches und der Länder im wesentlichen übertragen werden sollen. Gegen eine Beteiligung am Direktorium wurden allgemein schwere Bedenken geltend gemacht. Darüber, ob es zweckmäßig sei, sich an dem Ausschuss zu beteiligen, gingen die Meinungen auseinander. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der die Beteiligung an dem Ausschuss von den Befugnissen abhängig macht, die im allgemeinen und gegenüber dem geplanten Direktorium gewährt werden solle. Einhellig war in der Versammlung der Wille, den französischen Loslösungsbestrebungen mit der bisherigen Fähigkeit zu widerstehen.

# Die Beratung der Finanzgruppe

## in der Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus.

Prag, 26. November. Als der Präsident Tomášek heute die Sitzung eröffnete, sprach als erster Redner in der weiteren Ansprache über den Staatsvoranschlag, und zwar über die Finanzgruppe

Genosse Palme,

der die allgemeine finanziellen Fragen des Voranschlags, die Bedienung des Obersten Rechnungskontrollamtes und die letzten Bankkardate in einer ausführlichen Rede besprach. Palme behandelte ferner

### Das traurige Los der Ruheständler.

Ein schmerzliches Kapitel, dessen Regelung schon längst ein dringendes Bedürfnis für ungezählte tausende Bewohner dieses Staates geworden ist, bildet die Neuregelung der Rechtsverhältnisse aller im Ruhestand befindlichen Staatsangestellten. Die verschiedenen, bisher beschlossenen Gesetze für die in den Ruhestand getretenen Staatsangestellten haben dazu geführt, daß

### die Ruhegenüsse der Staatspensionisten ungeheuer große Differenzen

aufweisen: dieser Zustand ist auf die Dauer untragbar und bedarf eines Ausgleiches. Die grundverschiedene Festsetzung der Ruhegenüsse für die gleiche geleistete Arbeit wird von allen, die darunter leiden, als schreiendes Unrecht bitter empfunden. Das Bestreben der Organisationen der Ruheständler, sowohl tschechischer wie deutscher Junge, nach Beseitigung dieses Unrechtes muß als vollberechtigt anerkannt werden. Die Nationalversammlung hat wiederholt versucht, durch Schaffung von Gesetzen diese Differenzen auszugleichen. Redner verweise hierbei auf das Gesetz vom 17. Dezember 1919, auf das Gesetz vom 3. März 1921, ferner auf das Gesetz vom 20. Dezember 1922. Trotz aller dieser Gesetze ist ein Ausgleich der Ruhegenüsse bisher nicht herbeigeführt worden, wenn wir auch zugeben, daß damit manches Unrecht gemildert worden ist. Wir hatten früher zwei Hauptgruppen von staatlichen Ruheständlern, u. zw. die Alt- und die Neupensionisten. Durch das letzte Gesetz vom 20. Dezember 1922 wurde noch eine dritte Gruppe geschaffen, die Neuestensionisten. Als Neuestensionisten werden nur jene bezeichnet, welche vor dem 29. August 1919 in Pension gegangen sind. Diese wurden der Vorteile der Durchrechnung ihrer Dienstbezüge nicht teilhaftig, weil die Durchrechnung nur rückwirkend bis 31. August gemacht wurde. Als Neupensionisten gelten jene, welche in der Zeit vom 1. Dezember 1919 bis 31. Dezember 1922 in Pension gingen. Diese erhielten ihre Dienstzeit durchgerechnet, genießen jedoch nicht die Begünstigungen, welche die Neuestensionisten nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1922 erhalten, weil dieses Gesetz erst am 1. Jänner 1923 in Kraft getreten ist. Diese Begünstigungen bestehen darin, daß das Gesetz vom 20. Dezember 1922 eine Erhöhung der Pensionsgrundlage um 75 Prozent brachte, berechnet aus Ruhegehalt und Ortszulage, wodurch eine feste Pensionsgrundlage geschaffen und eine Stabilisierung der Ruhegenüsse erreicht wurde. Das ist bei den bestehenden Teuerungszulagen und Familienzulagen, sowie bei den Notaushilfen, welche jederzeit abgebaut werden können, nicht der Fall! Als Neuestensionisten werden jene angesehen, welche seit dem 1. Jänner 1923 in Pension gegangen sind und sowohl der Vorteile der Durchrechnung ihrer Bezüge, als auch der des Gesetzes vom 20. Dezember 1922 teilhaftig geworden sind. Die Pensionisten verlangten ursprünglich, daß allen die Bezüge zur Durchrechnung gelangen sollen, was von der Finanzverwaltung mit der Begründung abgelehnt wurde, daß der Steuereinkauf hierfür zu hoch sei. Die Untersuchungen nach dieser Richtung haben nun ergeben, daß die bisherigen Durchrechnungen für die Pensionisten durchschnittlich eine Erhöhung der Pensionsgrundlage um 20 Prozent brachten. Bei den Erhöhungen der Pensionsgrundlagen um 20 Prozent bei den Neupensionisten, Witwen und Waisen kann sich der Staat die kostspielige Durchrechnung ersparen, die notwendigen Daten für die Berechnung der Pensionsgrundlagen sind für jeden Pensionisten vorhanden, so daß große Kosten und Schwierigkeiten bei der Durchführung nicht mehr entstehen können. Die Forderungen der staatlichen Ruheständler sind der Regierung bekannt. Diesem Begehren entsprechend, hat der Klub der deutschen Sozialdemokraten einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Wir wollten mit diesem Gesetze antrag alle Gruppen der Staatsangestellten, auch die Offizianten, beiderlei Geschlechtes, erfassen, deren Ruhegenüsse bisher im Verordnungswege festgesetzt worden sind. Die Teuerungszulagen dieser Angestellten wurden bereits durch Gesetz vom 7. Oktober 1919 im gleichen Sinn geregelt. Die Ausnahmestimmungen der bei der Post bediensteten Offizianten, die sich neben der eigenen auch auf die Witwenpension beziehen, wären rückwirkend ab 1. November 1918 aufzuheben. Es ist dies eine Bestimmung, die aus dem alten Oesterreich-Ungarn übernommen wurde; hier besteht sie noch, während sie in der österreichischen Republik schon längst abgeschafft worden ist. Die Länder, Gauen, Bezirke und Gemeinden wären zu verpflichten, mit 1. Jänner 1924 ihre Ruheständler im Sinne dieses Antrages zu behandeln; dies wäre notwendig, weil nach Paragraph 3 des Gesetzes Nummer 495 und Paragraph 19 des Gesetzes Nummer 394 die für die Staatsangestellten

bestimmten Verminderungen der Zulagen auch auf diese Angestelltenkategorien ausgedehnt wurden. Was für den einen recht ist, muß auch für den anderen billig sein.

Die Gesehrderung unseres Antrages würde die so stürmisch verlangte Gleichstellung der Versorgungsgenüsse aller Ruheständler zur Folge haben.

Wie stellt sich nun die Regierung zu dieser Sache?

Der Abgeordnete Chalupa hat im Budgetauschuß eine schöne Rede gehalten und diese Worte eines Mitgliedes der Majoritätspartei haben in uns die Hoffnung geweckt, daß endlich in der von uns verlangten Richtung etwas geschehen wird. Die Ausführungen des Vertreters des Finanzministeriums haben uns und noch mehr die Pensionisten schwer enttäuscht, denn der Finanzminister hätte die Pflicht gehabt, eine entsprechende Vorlage rechtzeitig fertigzustellen, damit den berechtigten Forderungen der Staatspensionisten noch vor Ende dieses Jahres entsprochen werden könnte. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Redner war Gálik (slowakischer Volksparteiler), der mit den Ausführungen Engliš polemisierte und erklärte, daß Staat und Nation bei uns nicht ein und daselbe seien. Historische Wahrheit ist es, daß die tschechische Nation sich nie „tschechoslowakisch“ nannte, sondern immer nur „tschechisch“.

Nachdem tschechischen Agrarier Molik spricht

Kolka (d. dem. Frhp.). Er erklärt, der Staat sei zu dem sogenannten Sparbudget durch die verringerten Staatsentnahmen im Jahre 1924, aber auch schon im Jahre 1923 gezwungen. Beweis dafür die Steuereingänge, die weit hinter dem Voranschlag für 1923 zurückgeblieben sind. So wird z. B. bei den Verbrauchssteuern der Mindervertrag pro Monat mit 10 Millionen Kronen bezeichnet. Es ist bedauerlich, daß die Ziffern über die Eingänge von Steuern nirgends enthalten sind, wodurch die Beurteilung des Voranschlags wesentlich erschwert wird. Der Beurteiler solcher Unvollständigkeiten wird der Vermutung zuneigen müssen, daß viele Gelder eine Verwendung bekommen, die niemals die Billigung einer gerecht denkenden Volkvertretung finden könnte. Es wäre an dieser Stelle unangebracht, davon zu sprechen, ob ich in Gutem und im Bösen mich mit anderen Kräften zu verbinden wünsche, ob weite Kreise der Bevölkerung im Gebrauch von Gewehr und Kanonen ihr Heil erblicken oder nicht, ich sage vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, daß unser großer wirtschaftlicher Nachbar, mit dem wir Deutsche durch tausende Beziehungen des Geistes und des Herzens verbunden sind, in unsäglicher Not schmachtet.

### Es würde dem Budget dieses Staates nicht schaden, wenn wir die Kinder, die in Deutschland am Berkingern sind, unterstützen

und dem Mittelstande beistehen. Geben Sie den Deutschen, welche hier wohnen, und allen, die dieses Liebeswort fördern wollen, den Weg frei und ich glaube, Sie werden durch eine solche Tat nicht nur dem wirtschaftlichen Leben dieses Staates, sondern auch seiner politischen und moralischen Einschätzung für alle Zukunft den besten Dienst geleistet haben.

Nach Grusobský (tsch. Nat. Soz.), der mit den Rednern der slowakischen Volkspartei, insbesondere mit Šlinka, vermiserte, besahe sich Horák (tsch. Gewerbp.) mit unserem Steuerwesen.

### Genosse Wittich

sagte sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Slowakei und führt im besonderen Klage darüber, daß die

### slowakischen Städte im Verhältnis zu den Städten in den historischen Ländern seitens der Staatsverwaltung sehr geringe Berücksichtigung

finden. So werden letztere für Versorgung von Arbeiten der staatlichen Administration entschädigt, die slowakischen aber nicht, wiewohl sie gleichfalls ganz wesentliche administrative Arbeiten leisten müssen. Diese geringe Rücksichtnahme trifft die Gemeindeverwaltungen um so empfindlicher, als sie zumeist stark verschuldet sind und der Staat nicht einmal Sorge dafür trägt, daß den Städten die erforderlichen Kredite gewährt werden. Weiter wäre Beschwerde darüber zu führen, daß die Rücküberweisungen der vom Staate eingehobenen kommunalen Abgaben an die Gemeinden viel zu spät erfolgt, so daß letztere nicht einmal ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen können. Ursache zu weiteren Klagen gibt auch der Umstand, daß die Steuern noch nach den alten ungarischen Steuergesetzen bemessen werden. Redner schildert sodann die Lage der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter und wünscht namentlich eine großzügigere Durchführung der Bodenreform auch in der Richtung der Zuteilung von Grund und Boden an Feldarbeiter im Rahmen von Genossenschaften erfolgt. Er wendet sich weiters

### gegen die Ueberfüllung der Slowakei mit tschechischen Staatsangestellten

und tritt für eine bessere Behandlung der Altpensionisten ein. Er fordert schließlich eine Polittik, wie sie den besonderen Verhältnissen der Slowakei und einem tatsächlich demokratischen Staate entspricht. (Beifall.)

Es sprachen noch einige Redner, darunter

der tschechische Sozialdemokrat Chalupa, der gegen die Art der Budgetbehandlung protestierte und auf die hierdurch bewirkte Schwächung der Demokratie hinwies.

Eine kurze Erklärung gab auch der Finanzminister Bečka, in der er mit den Ausführungen des Genossen Palme polemisierte und über die Kriegsanzleihe sagte, daß in nächster Zeit eine Entscheidung fallen werde.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

## Kleine Nachrichten aus dem Parlament

Das oberste Rechnungskontrollamt überreichte in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses den Rechnungsabschluss für das Jahr 1920. Für das Jahr 1920 waren die Ausgaben in der Höhe von 15.283.427.032 Kronen präliminiert, denen die präliminierten Einnahmen von 10.426.500.794 Kronen gegenüberstanden, sodas das Budget ein Defizit von 4.856.926.238 Kronen auswies. Laut Rechnungsabschluss betragen aber die Ausgaben im Jahre 1920 14.753.088.183 Kronen, während die Staatseinnahmen 12.736.055.223 Kronen ergaben, sodas das wirkliche Defizit 2.017.032.960 Kronen betrug.

Der Vorsitzende des „Verbandes christlicher Bauern“ Samalik verhandelte mit Finanzminister Bečka über die Kriegsanzleihefrage. Der Minister erklärte, daß er einen Gesetzentwurf über die Anerkennung der Kriegsanzleihe vorbereite. Dabei sollen die Kriegsanzleihen, ob nun eine Transaktion stattgefunden hat oder nicht, einander gleichgestellt werden. Der Minister hat ferner erklärt, daß die Angelegenheit, falls sie die Genehmigung der Nationalversammlung finde, in einem halben Jahre bereinigt werde.

Die Absicht, die Herabsetzung der Kohlensteuer durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer für Lebensmittel zu paralisieren, begegnet Widerstand. Keine der koalitierten Parteien will für die Erhöhung stimmen, sodas das bisherige Gesetz kaum abgeändert werden dürfte.

Das Parlament soll noch vor Weihnachten das Gesetz über die staatliche Garantie für den Bau von Wohnhäusern beraten. Das Finanzministerium stellt sich gegen eine weitere Verlängerung des Gesetzes über die staatliche Garantie. Demgegenüber kommen einige Parteien mit der Forderung, die Strenge einer solchen Einstellung der staatlichen Garantie zu mildern, wenigstens durch irgendwelche Uebergangsbestimmungen.

## Inland.

### Jü: Die Pensionisten.

Im Auftrage des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sprach am Donnerstag, den 22. November der Vorsitzende des Klubs Vizepräsident Genosse Dr. Czoch beim Finanzminister vor, um in Hinblick auf die außerordentlich triste Lage der Pensionisten für beschleunigte Maßnahmen in der Richtung der Besserstellung, sowie der Gleichstellung aller Pensionistenkategorien einzutreten. Finanzminister Bečka orientierte Dr. Czoch über die gemachten Vorarbeiten und teilte ihm insbesondere mit, daß die zuständige Ressortabteilung des Finanzministeriums beauftragt wurde, die nötigen Berechnungsgrundlagen beizustellen und die bei den Pensionistenorganisationen eingeholten Berechnungen nachzuprüfen, worauf dann sofort die entsprechenden Anträge an den Ministerrat geleitet werden sollen. Der Minister erklärte, daß er natürlich den Entscheidungen des Ministerrates nicht vorgreifen könne, doch hoffe er zuversichtlich, daß sich die Regierung seinen Vorschlägen anschließen und die von ihm zu überreichenden Anträge auf Besserung der Lage der Pensionisten zum Beschluß erheben werde.

### Wo nicht gespart wird!

Die Lage des Buchdruckgewerbes ist bei uns absolut nicht günstig. Durch die infolge hoher staatlicher Steuern hervorgerufene Verteuerung der wichtigsten Rohprodukte, vor allem des Papiers, liegt insbesondere das Zeitungswesen schwer darnieder. Die allerwenigsten Blätter vermögen sich unter den heutigen außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen über Wasser zu halten. Unter diesen Umständen muß es doppelt Wunder nehmen, daß die Staatsdruckerei in Saaz, in Bezug auf die Preise der von ihr hergestellten Zeitungen, sowie im Hinblick auf die von ihr gemachten Offerte für Zeitungsdruk eine Gebirg aufweist, welche eine von wirtschaftlichen Grundfragen ausgehende Berechnung ausschließt. Die genannte Staatsdruckerei besorgt die technische Herstellung folgender Zeitungen: „Deutsche Morgenzeitung“, „Deutsche Abendzeitung“, Saaz, „Komolauer Tagblatt“, Komotau, „Karlsbader Tagespost“, Karlsbad, „Neue Woche“, Saaz, „Bodriamer Zeitung“, Pödersam und „Postelberger Zeitung“, Postelberg. Welchen politischen Zweck diese Zeitungen dienen, ist bekannt. Die Preise dieser Blätter sind so niedrig, daß eine Deckung der Herstellungskosten ganz und gar ausgeschlossen er-

Ebersfeld, 26. November. (Wolff.) Auf dem außerordentlichen Vertretertag der deutschdemokratischen Partei sprach Abg. Erkelenz über die bevorstehende Entscheidung in den besetzten Gebieten. Auf Anregung Tirards hätten am Freitag Verhandlungen über die Bildung eines Rheinstaates im Rahmen des Deutschen Reiches stattgefunden. Die besetzten Gebiete sollen, nach diesen Verhandlungen, über die im Einzelnen noch nichts bekannt sei, im Rahmen eines Verwaltungskörpers zusammengefaßt werden. Erkelenz schlug vor, sich unter dem Zwange der Umstände und unter der Gefahr des Verhängnisses mit diesem Schritt einverstanden zu erklären im Bewußtsein, daß die deutsche Bevölkerung am Rhein deutsch ist und deutsch bleiben wird, auch wenn die Form des Staates wechselt.

## Eine Hilfsaktion der amerikanischen Gewerkschafter

### Ein Aufruf zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaften.

New York, 26. November. (Frankfurt des W. L. B.) Der amerikanische Gewerkschaftsbund beschloß, seine drei Millionen Mitglieder zu betragen für die Bildung eines Unterstützungsfondes für die verarmten deutschen Gewerkschaften aufzufordern, die nach der Auflassung der amerikanischen Gewerkschaftler das einzige Bollwerk Deutschlands gegen Volkseigenheit und Monarchismus seien. Der Betrag des zu bildenden Hilfsfonds wird nicht genannt, es heißt jedoch, daß es sich um eine bedeutende Summe handelt.

## Belgien requiriert.

Brüssel, 26. November. (Savas.) Da Deutschland den Forderungen des Ultimatums, bis 25. November 1.250.000 Franken Strafe als Ertrag für die Schäden und als Entschädigung für die Familie des Ermordeten Leutnant Grass zu bezahlen nicht entsprochen hat, hat die belgische Regierung in Duisburg-Samborn, am Orte der Tat, deutsches Eisenbahnmateriale beschlagnahmt, welches sie zwecks Einbringung des erwähnten Betrages versteigern wird.

## Die Not der Reparationskommission.

Paris, 25. November. „Matin“ schreibt, daß die deutsche Regierung, die nach dem Friedensvertrage für den Unterhalt der Reparationskommission sorgen müsse, bis zum Monate Juli ihre Verpflichtungen nach dieser Richtung erfüllt habe. Seitdem sei aber trotz wiederholter Aufforderungen die fällige Summe nicht bezahlt worden. Die Reparationskommission habe deshalb die notwendige Summe für die Bezahlung der Beamten aus einem Reservefonds genommen, dessen Höhe 25 Millionen Franken betrage. Diese Summe genüge, um bis zum 31. Jänner die dringendsten Ausgaben zu decken. Selbst wenn man einen starken Prozentsatz des Personalbesandes entlassen würde, könne man den Fortbestand der Reparationskommission nur für zwei bis drei Monate sicherstellen.

## Vor dem Generalkrieg der Wiener Metallarbeiter.

Wien, 26. November. (Eigenbericht.) Der Konflikt in der Metallindustrie hat sich heute aufs Neue zugespitzt. Es haben zwei Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission und den Industriellen stattgefunden, denen eine Konferenz der Arbeiter- und Angestelltenvertreter mit den Unternehmern folgte, in dieser Beratung haben jedoch die Unternehmer die Forderungen der Gewerkschaften einmütig abgelehnt. Nachmittags hat der vierzigköpfige Ausschuß der Metallarbeiter über die nun zu ergreifenden Kampfmaßnahmen beraten und es ist damit zu rechnen, daß die morgige Vollversammlung der Betriebsräte den Streik beschließen wird.

## Wenn alles rüstet, kann Rußland auch zurüd-leiben.

Paris, 26. November. Der Moskauer Korrespondent des „Intransigeant“ meldet, daß neuerdings 110 Flieger ein Zeugnis der Moskauer Militärfliegerschule abgelegt haben ist, ferner daß ein weiterer Kredit von 1 Million Tschernowrubeln für die Luftfahrzeugindustrie, die für die rote Armee arbeitet, bewilligt werden sei. Außerdem wurde der Privateigentum Dobrolet und der Gesellschaft der freiwilligen Luftflotte gestattet, Industrieanlagen im Werte von 1 Million Goldrubeln zwecks Erweiterung der russischen Luftfahrzeugfabrikation herauszugeben. Derselbe Korrespondent meldet unter dem 24. November, daß der deutsche Admiral von Hingst und der Vizekonsul von Curlius eine Reise nach Kronstadt und Nikolajew unternehmen haben, wo bedeutende Bestellungen für die deutsche Marine in Bau begriffen sind. (?)

## „Fort mit dem König!“

### Der gleichlichen Republik entgegen.

Atien, 26. Nov. (Savas.) Gestern fand eine große Versammlung der republikanischen Partei statt. Die Redner forderten die unverzügliche Proklamierung der Republik. Eine allen Bevölkerungsklassen angehörende riesige Volksmenge demonstrierte in den Gassen für die Republik und rief: „Fort mit dem König!“. Der königliche Palast war von einer verstärkten Wache geschützt.

scheint. So kostet der monatliche Bezug der täglich erscheinenden sogenannten „Deutschen Arbeiterzeitung“, „Organ der deutschen Arbeiter des Gebietes und der Hand“ nur 5 Kronen. Während andere Tageszeitungen 14 bis 16 Kronen für einen Monat als Abonnementspreis verlangen müssen. Die Einzelnummer dieser forderbaren Arbeiterzeitung kostet in allen Vertriebsstellen jetzt dreißig Heller, andere Blätter kosten sechzig bis achtzig Heller.

Es liegt klar auf der Hand, daß die Staatsdruckerei in Saaz gegenüber den Privat- und Parteidruckereien aller Art eine ganz unerhörte Schutzkonkurrenz auf Kosten der Gesamtbildung betreibt. Das geht auch aus dem Umstand unabweislich hervor, daß sie bei Offerten für den Druck von Privatzeitungen unangenehm hohe Spottpreise verlangt. Die Saazer Staatsdruckerei verlangte in einem bestimmten Falle („Allgemeine Arbeiterzeitung“ in Russisch) einen Druckpreis von sechzig Hellern für eine Nummer, wohingegen Privatdruckereien vierunddreißig Heller verlangen mußten, um nur notdürftig ihr Auskommen zu finden.

Eine derartige, jede freigelegte Kalkulation negierende Erbarung der in Rede stehenden Staatsdruckerei steht im denkbar schroffsten Gegensatz zu der Absicht der Regierung, die staatlichen Betriebe, so z. B. die Eisenbahnen, nach rein wirtschaftlich-kapitalistischen Grundsätzen zu verwalten. Im Hinblick auf diese Absicht und unter ausdrücklichen Hinweis auf die eminente Bedeutung des Buchdruckgewerbes durch die erwähnte Staatsdruckerei richteten die Genossen Schwelbhart und Cermak im Abgeordnetenhaus an den Minister des Innern eine Interpellation, in der sie unter anderem fragen, aus welchem Budgettitel diese staatlichen Subventionen bewilligt werden sollen und was der Minister mit der Herausgabe dieser Blätter beabsichtigt.

Schon wieder eine dunkle Geschichte. Das „Rude Pravo“ veröffentlicht folgende Geschichte aus dem Landesverteidigungsministerium: Vor zwei Jahren stellte das Landesverteidigungsministerium bei einer Lieferung von 200 die Gebühr für Zufuhr und Regie mit 17 Kronen für einen Meterzentner fest. Die Lieferung wurde dem agrarischen Zentralverband landwirtschaftlicher Gesellschaften vergeben, der bei dem Geschäft von 4000 Waggons über vier Millionen Kronen verdiente. Der Zentralverband ließ sich vor mehreren Monaten in Spekulationsgeschäfte ein, bei denen er verlor und wandte sich deshalb an den „mächtigen Onkel“ im Landesverteidigungsministerium. Er verlangte einfach mit dem Verweis darauf, er hätte bei der Lieferung nichts verdient, eine nachträgliche Entschädigung von 2,5 Millionen Kronen. Minister Udrzal will nun diese Forderung bewilligen. Der einzige in diese Angelegenheit eingeweihte Offizier, Kapitän Josef Beneš bei der Prager Militärkanzlei, stellte sich gegen die Bewilligung der Forderung und wurde deshalb auf direkten Befehl des Ministers Udrzal plötzlich nach Pilsen versetzt. Die „Zusammenarbeit“ des Ministers Udrzal mit dem Zentralverband landwirtschaftlicher Gesellschaften kommt noch in einem anderen Fall zum Ausdruck. Der Direktor dieser agrarischen Zentrale Cuba droht jedem Offizier des Landesverteidigungsministeriums, der sich gegen seine Lieferungsangebote wendet, er werde beim Landesverteidigungsminister seine rückständige Befestigung durchsetzen. Auf Grund seiner Interventionen wurden aus dem Ministerium bereits versetzt: Major Josef Homolka, Major Karl Zochor, Major Prajak, Kapitän Lorenz und in der letzten Zeit Kapitän Beneš, alle aus der Infanterie. Das gleiche Schicksal erwartet nun auch General Trumil. Der Landesverteidigungsminister wird sich hoffentlich über die Beschuldigungen, die man gegen ihn erhebt, äußern.

Revolution in der tschechisch-merikalen Partei. Die tschechisch-merikale Partei hat zu der von den Agrarern geforderten Umwandlung des Bodenamtes in ein Ministerium eine ablehnende Stellung eingenommen. Das scheint nun einer Reihe von merikalen wirtschaftlichen Organisationen nicht recht zu sein, die sich im „Lob“ gegen den Beschluß der Partei wenden. Nicht weniger als sieben Abgeordnete haben sich der Opposition angeschlossen.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Rum-burg. Bei dem am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen in Rumburg wurden insgesamt 5774 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 1508 Stimmen (10 Mandate), die Deutschdemokraten 72 Stimmen (5 Mandate), die Kommunisten 502 Stimmen (3 Mandate), die Deutschnationalen, die mit zwei Listen kandidierten hatten, 1555 Stimmen (10 Mandate), die Christlichsozialen 1586 Stimmen (10 Mandate), die Nationalsozialisten 378 Stimmen (2 Mandate) und die tschechische Minderheit 178 Stimmen (1 Mandat). Bei den letzten Gemeindevahlen hatten die Sozialdemokraten 18 Mandate, die Deutschbürgerlichen 17 Mandate, die tschechische Minderheit 1 Mandat erhalten. Von den 18 Mandaten der Sozialdemokraten sind jedoch nach der Spaltung der Partei 8 kom-munistisch geworden, so daß unsere Partei bei den letzten Gemeindevahlen ihren Besitzstand voll ausbehalten konnte, während der Verlust von fünf sozialistischen Mandaten auf das Schuldkonto der Kommunisten zu setzen ist. — In Schönböden bei Parnsdorf, wo Sonntag ebenfalls Gemeindevahlen stattfanden, erhielten die Sozialdemokraten 114 Stimmen (2 Mandate), die Kommunisten 213 Stimmen (5 Mandate), die Christlichsozialen 374 Stimmen (3 Mandate), der Bund der Landwirte 208 Stimmen

# Rein Tag ohne Gandalaffäre.

## Beschuldigungen gegen Beamte des tschechoslowakischen Preßbüros und des Preßdepartements des Ministerpräsidentiums.

Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß irgend ein Blatt nicht eine Gandalaffäre aus dem Dunkel der tschechoslowakischen Verwaltung ziehen würde. In der vorigen Woche war es die Spiritus-affäre, die Beschuldigung gegen den Senatspräsidenten Pražek, er habe elf Millionen zu Bestechungszwecken verwendet, dann die Anschuldigungen gegen den Finanzminister, er habe durch eine staatsfinanzielle Operation dem Zibno-konzern 250 Millionen Kronen zugeschanzt, dann die Anwürfe, die das „Rude Pravo“ gegen die Wirtschaft im Landesverteidigungsministerium erhebt (die wir an anderer Stelle bringen), und schließlich die Enthüllungen, welche die Brüner „Rube Roviny“, ein nationaldemokratisches Organ, macht, und in deren Mittelpunkt einige Beamte des Ministerpräsidentiums sowie des tschechoslowakischen Preßbüros stehen. Ueber die letztere Angelegenheit erzählt das genannte Blatt, daß einige Beamte des Preßbüros und des Preßdepartements des Ministerpräsidentiums eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die natürlich den vaterländischen Titel „Patri“ führt, gegründet haben. Diese Gesellschaft hat eine Reihe von Staatsbetrieben übernommen, ohne dafür auch nur einen Heller zu zahlen, dafür aber doch der Staat weitere Defizite dieser faulen Unternehmungen. Es handelt sich da meist um offizielle Zeitungen, die mit ihren Staatssubventionen der unab-

hängigen Presse direkt schmutzige Konkurrenz betreiben. So hat eines dieser Blätter, das in Brünn erscheint, im letzten Jahre folgende Zusendungen von nahestehenden Personen erhalten:

Armon, Direktor des tschechoslowakischen Preßbüros	Kč 30.000,—
Dr. Dieha, Beamter des Preßdepartements des Ministerpräsidentiums	„ 60.000,—
Černý, Beamter des Preßdepartements d. Ministerpräsidentiums	„ 70.100,—
Marcel, Beamter des Preßdepartements d. Ministerpräsidentiums	„ 30.000,—
Čel, Vorsitzender des Preßbüros des Ministerpräsidentiums	„ 185.000,—
Marx Hirsch	„ 30.000,—
	Kč 11.100,—

Dazu bemerkt das zitierte Blatt „Entweder haben diese Herren das Geld aus Eigenem gegeben, und dann ist es verwunderlich, wie sie nach so kurzem Staatsdienst reich geworden sind, oder haben sie es aus staatlichen Mitteln gegeben.“

Wenn Regierung und Parlament zu diesen lächerlichen Gandalaffären schweigen, dann wird sich der Bevölkerung gegenüber den heute herrschenden Mächten ein tiefes Mißtrauen bemächtigen.



(6 Mandate) und die Deutschböhmischen 3 Mandate. — In Lundenburg, wo am Sonntag ebenfalls die Wahlen in die Gemeindevvertretung stattfanden, erhielten die Nationaldemokraten 3 Mandate, die Agrarier 2 Mandate, die Volksparteier 5 Mandate, die Sozialdemokraten 2, die tschech. Sozialisten 4, die sozialistische Vereinigung 1, die Gewerkschaftler 2, die deutschen Sozialdemokraten 1, die deutschdemokratische Partei 2, die Kommunisten 9, die Juden 2, die deutsche Wahlgemeinschaft 2 Mandate.

Die Vorschüsse auf die neunte Kriegsanleihe. Im Jahre 1918 wurde die Auslösung einer neuen Kriegsanleihe vorbereitet und es wurden Vorschüsse für die eZählung entgegengenommen. Zur Realisierung dieser Kriegsanleihe ist es nicht mehr gekommen. Die Vorschüsse wurden vorwiegend bei Banken und Sparkassen geleistet. Als die Interessenten unmittelbar nach dem Umsturz auf der Rückzahlung dieser Vorschüsse beharrten, wurde ihnen bedeutet, daß diese Beträge an die Wiener Postsparkassa überwiesen wurden und deshalb nicht rückerstattet werden könnten. Der Finanzminister hat nun, wie wir vor einigen Tagen berichteten, einigen Banken des Zibno-konzerns ein Präsen gemacht und ihnen eine bevorzugte Behandlung in dieser Angelegenheit angeboten lassen. Die Gen. Laub, Dietl, Fischer und Sadenberg machten den Finanzminister im Abgeordnetenhaus auf den parteiliche, dem Gesetze widersprechende Vorgehen aufmerksam und fragten ihn, ob er bereit ist, der Nationalversammlung Aufschluß darüber zu geben, ob und in welchem Umfange die genannten Banken von der Begünstigung Gebrauch gemacht haben.

## Jahreskonferenz der Kreisorganisation Tepliz-Saaz.

Saaz, am 25. November.

Hier trat gestern die sehr hoch beschickte Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Kreisorganisation Tepliz-Saaz in der seitlich geschmückten Turnhalle zusammen. Der Kreisvertrauensmann Abg. Genosse Hirsch eröffnete vor vier Uhr nachmittags die Konferenz mit einer Anrede, in der er dem kämpfenden und leidenden Proletariat Deutschlands herzlichste Grüße überbrachte, auf die besonderen Verhältnisse verwies, unter denen die vertrauensvollen der Arbeiter Nordwestböhmens zur Beratung zusammentraten, und gedachte mit Worten der Ehrung und Dankbarkeit der verstorbenen Genossen Hanuš, des großen Sohnes des tschechischen Proletariats, und Cuba, des Sekretärs der Landarbeiter in Pödersam. Genosse Barth, der alte Wegbereiter des Sozialismus im Saazer Gebiet, erhub die Grüße der Saazer Arbeiter, Genosse Hillebrand die Grüße des Parteivorstandes.

Genosse Růžička erläuterte hierauf den Bericht des Kreissekretariats. Was in Bildungszwecken geleistet wurde, ist an dieser Stelle schon erzählt worden. Es ist mehr als je vorher auf diesem Gebiet und in geradezu vorbildlicher Weise getan worden. In einer Zeit, da der Marxismus im Grunde aller unserer Gegner zu einem Zerkbild geworden ist, zu einem Phantom, das die Unwissenden schrecken soll, ist es notwendig, denn je, grundsätzlich marxistische Schulungsarbeit zu leisten. — Selbstverständlich haben wir, das zeigen die Gemeindevahlen, an Mitteln und Zuläufen verloren. Aber daß unsere Organisation ungeschwächt und unerschütterlich stand, das wird bewiesen durch die Tatsache, daß die Zahl der Parteimitglieder, wenn wir ihr auch die arbeitslosen und daher zahlungsunfähigen Genossen zurechnen, nicht gesunken ist. Da die Zahl der Parteimitglieder bisher ausschließlich auf Grund der verkauften Beitragsmarken errechnet würde,

konnten die vielen arbeitslosen Genossen ihnen nicht zugerechnet werden. Abhilfe will ein Antrag schaffen, der die Einführung von Freimarkten für frange und arbeitslose Genossen fordert. Dieser Antrag muß, weil nicht in die Zuständigkeit der Kreisorganisation fallend, dem Parteivorstand zugewiesen werden. — Der Redner schilderte ausführlich die politischen Aktionen, an denen unsere Organisationen, gemeinsam mit der ganzen deutschen Arbeiterklasse in diesem Saate, teilgenommen haben und verwies auf die herrliche Opferbereitschaft der Arbeiter, die so schön wieder durch die Ergebnisse der Sammlungen für das Proletariat Deutschlands erwiesen wird und die uns Gewähr ist dafür, daß unsere Partei, daß unser Proletariat den Aufgaben, die uns die nächste Zeit stellen wird, gewachsen ist. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Paul-Duz berichtete über die Frauenorganisation und Genosse Kern, Tepliz über die Jugendorganisation. Besonders erfreulich ist es, daß die Zahl der Jugendorganisationen vermehrt werden konnte. Frauen und Jugend haben an allen Aktionen des Gesamtproletariats teilgenommen, in beiden Organisationen wurde ungemein eifrige und wertvolle Bildungsarbeit geleistet. Frauen-Schulen wurden in allen Bezirken veranstaltet, die Jugendlichen hatten eine Kreis-Schule, deren Ergebnisse außerordentlich befriedigende sind. Vorbildlich ist die Restkultur unserer Jugend, — bedingungslos für ihre Kampfschlacht und für die Reifung ihrer sozialen Erkenntnis ist ihr wirtschaftlicher Kampf, für den die Jugend die Unterstützung der Erwachsenen erbittet. — Beide Berichte wurden beifällig zur Kenntnis genommen.

Die Konferenz nahm am Sonntag noch die Berichte der Genossen Löwe, Tepliz und Jatsch, Komotau über den Stand der Kreisparteiblätter entgegen und vertagte sich sodann auf Sonntag.

Am Sonntag eröffneten die Arbeiterfänger die Konferenz mit dem Vortrag des Chores „Morgenruf“. Genosse Kremsler sprach hierauf über

### „Die Parteipresse.“

Er schilderte die ungemein großen Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiterpresse zu kämpfen hat. In den Ländern rings die proletarische Presse mit den gleichen Schwierigkeiten, ungemein schwer ist es, die bürgerliche, unter dem Mantel der Neutralität, der Parteilosigkeit auftretende Zeitungspressen zu verdrängen. In Zeiten, da die Arbeiterpartei in die Verteidigung gedrängt ist, in Zeiten des Erstarkens reaktionärer Strömungen, in Zeiten wirtschaftlicher Not, leidenschaftlich verständlich auch die sozialdemokratische Presse. Nicht nur das eine oder andere unserer Blätter ist von diesen Erscheinungen getroffen worden, sondern alle. Parteivorstand und Kreisverrichtung haben sich gemeinsam mit der Frage beschäftigt, wie die Verstellungskosten der Parteiblätter zu ermäßigen sind. Das Ergebnis ist der Antrag, der „Vereinigung Sozialdemokratische Presse“ beizutreten, die eine organische Zusammenfassung mehrerer sozialdemokratischer Blätter ist. — Dem Vortrage des Genossen Kremsler folgte eine sehr lebhaft geführte Rede, an der sich nicht weniger als neunzehn Genossen und Genossinnen beteiligten und die den größten Teil des weiten Verhandlungstages in Anspruch nahm. Der Antrag der Kreisverrichtung wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, der alle Mandatäre der Partei in öffentlichen Körperlichkeiten zur Abnahme der Parteipresse verpflichten und die Wählbarkeit von Vertrauensmännern zu Konferenzen davon abhängig macht, daß sie ständige Abnehmer des Parteiblattes sind. — In den Presseauschüß der „Vereinigung Sozialdemokratische Presse“ wurden gewählt die Genossen Hirsch und Kremsler und als Ersatzleute Hofbauer und Růžička. Zum Kreisvertrauensmann wurde wieder

Abg. Genosse Hirsch gewählt, zum Kreisvertrauensmann-Stellvertreter Genosse Kremsler, zur Stellvertreterin Genossin Paul-Duz, zum Kassier Genosse Pajelt, zum Kreissekretär Genosse Růžička, zu Beisitzern Lippert Anton, Nový Wilhelm, Sigmantel Josef, Stadler Franz, Wagner Wilhelm, Věwald Anna, Pechaur Johann, Hofbauer Josef und Löwe Franz. In die Kreis-Kontrolle wurden gewählt: Blah Hermann, Černý Wenzel, Kühnel Anton, Siart Hans, Klier Berta, Weiss Martha. — In das Frauenkreiskomitee wurden gewählt: Berta Klier, Anna Věwald, Johanna Merker, Elise Paul, Johanna Pechaur, Rosa Stahlich, Marta Weiß. — In den Kreisbildungsausschüß wurden entsendet: Hofbauer, Berner, Preis, Růžička, Věwald Anna und Paul Elise. — Der Ausschüß für Gemeindeangelegenheiten besteht aus den Genossen Kremsler, Pajelt, Reinhardt-Brück, Schneider Wenzel, Hřil, Hřil-Gruppen, Werner, Weichtrich. — In den Presseauschüß für die Komotauer „Vollzeitung“ wurden gewählt: die Genossen Kaufmann, Reichel und Weigel.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 282 Genossen und Genossinnen an der Konferenz teilnahmen. Sie ist also weit stärker beschickt als die vorjährige Konferenz, ein Beweis des Erstarkens des politischen Interesses der Vertrauensmänner, Antwort auf die stärkere Rührigkeit der Reaktionäre!

Abg. Genosse Hirsch sprach dann, der vorgeschrittenen Zeit wegen in gedrängter Kürze, über

### Die Sozialdemokratie und ihre Feinde.

Er knüpfte an die vom Genossen Barth in seiner Begrüßungsansprache gegebene Schilderung der Anfänge der Arbeiterbewegung im Saazer Gebiete an. Aus winzigen Anfängen wurde eine mächtige Bewegung, aus einem Haufen Verfolgter, eine kämpfende Armee. Das Erstarken der so taktischen Bewegung machte sie zur Hoffnung aller Enterteten, aller Bedrückten. Als die Sozialdemokratie nach dem Kriegszusammenbruch zur Machtübernahme berufen schien, da kamen zu ihr zehntausende Hoffender, zehntausende Verzweifelter, zehntausende auch, die mit der Konjunktur gehen zu müssen glaubten. Nicht sie allein, auch viele von uns, überspannten damals ihre Hoffnungen. Sozialismus war in jener Zeit des wirtschaftlichen und politischen Chaos nicht möglich. So mußten Neugekommene, die nur Gefühlssozialisten, nicht auch marxistisch denkende Sozialisten werden konnten, enttäuscht werden. Sie mußte um so stärker werden, je mehr französischer Imperialismus und Profitgier deutscher Kapitalisten Deutschland in den wirtschaftlichen Ruin trieben. Das Verfall des Kapitalismus ist und Ausdruck des Unvermögens des Kapitalismus, der Welt den Frieden zu geben, das erscheint in der Darstellung unserer Feinde und schließlich auch in der Anschauung vieler Arbeiter, als Verfall des Sozialismus. Das Widerspruchsvolle der Wirtschaft nach dem Kriege, die Unerkennbarkeit der nächsten Entwicklungsrichtung erzeugen verschiedene Beurteilung der Lage bei den Sozialisten, verschiedene Auffassungen über die Aufgaben des Proletariats. Sie führen zur Spaltung des Proletariats. Der Weg für die Reaktion ist geöffnet, das Einfallstor für sie in die Arbeiterklasse ist geöffnet. Sie tritt überall als Nationalismus auf, oft verbunden mit dem Merkantilismus, oft auch in sozialer Verkleidung. Faschismus, Nationalsozialismus, frankösischer und tschechischer Imperialismus sind Erscheinungsformen ein- und derselben reaktionären Bewegung. Mitverantwortlich sind an der gegen den Sozialismus sich lehrenden Entwicklung in diesem Saate auch die tschechischen Sozialdemokraten, die in der Meinung, das Masseninteresse des tschechischen Proletariats falle zusammen mit dem Staatsinteresse des tschechischen Nationalstaates, so viel zur Stärkung des tschechischen und damit auch des deutschen Nationalismus beitragen. Aber gerade in der Zeit des Erstarkens des Nationalismus, haben und drüben, haben wir fest an der historischen Aufgabe des Proletariats: im internationalen Massenkampf den internationalen Kapitalismus zu überwinden. Zunehmender politischer Laubbild vieler Volksschichten, frecherem Treiben der Reaktion, sehen wir entgegen vermehrte Arbeit. Nicht nur Arbeit in den Organisationen, nicht nur Aufrührungsarbeit; unter den Indifferenten, auch Arbeit an uns selber! Unser Sieg wird ein Sieg des Geistes sein!

Die Rede des Genossen Hirsch, von der hier nur ein ganz kurzer Auszug gegeben werden kann, wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Genosse Jatsch begründete eine Entschließung, die sich mit scharfen Worten gegen die Verschleppung der Sozialversicherung wendet. Sie wird an anderer Stelle abgedruckt.

Genosse Růžička und Genosse Hofbauer sprachen über die in nächster Zeit zu leistende systematische Bildungsarbeit und über die Notwendigkeit der Befähigung eines der gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft, des Alkoholismus. — Genosse Dr. Heller besprach unsere Stellung zur tschechischen Sozialdemokratie, auch bei den tschechischen Arbeitern wächst die Erkenntnis, daß auch in diesem Saate die Reaktion schließlich siegen muß, wenn sich nicht die Arbeiter aller Nationen zu gemeinsamem Kampfe finden. — Genosse Hillebrand beschäftigte sich mit dem gleichen Problem. Er sieht im Augenblick keine Möglichkeit der Verständigung mit der tschechischen Sozialdemokratie — zu der der Wille in

Jedem von uns lebendig ist — wenn wir nicht unsere Grundzüge opfern wollen.

Die vom Genossen Falck vorgeschlagene Entschließung wurde einstimmig angenommen. — Anträge, die sich mit der Taktik der Partei beschäftigten, wurden dem Parteivorstande zugewiesen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Hirsch und Rückl und die Genossin Tribenry gewählt. — Eine Sammlung für die Arbeiter Deutschlands, die unter den Delegierten vorgenommen wurde, ergab die stattliche Summe von 1008 Kronen. — Angenommen wurde ferner ein Antrag, der die Kreisvertretung beauftragt, die Vorarbeiten zur Schaffung einer Buchgemeinschaft zu treffen. Ein Antrag der Saazer Genossen, der gegen die Verfestigung und Entlassung deutscher Arbeiter protestiert, wurde dem Parteivorstand und den Klubs der Abgeordneten und der Senatoren zugewiesen.

Ein die Ergebnisse der Konferenz zusammenfassendes Schlusswort des Genossen Hirsch beendete die Tagung. Die Delegierten sangen lebend das „Lied der Arbeit“.

## Gegen die Verschleppung der Sozialversicherung

wendet sich folgende, auf der sozialdemokratischen Kreisversammlung in Saaz am Sonntag, den 25. November angenommene

### Entschließung:

Die Kreisversammlung stellt mit Bedauern fest, daß die Beratung der Sozialversicherungsvorlage in der Nationalversammlung durch die Quertreibereien der bürgerlichen Parteien schon durch viele Monate verschleppt wird und daß sich dadurch die Gesehwerdung dieses wichtigen sozialpolitischen Entwurfes ungebührlich verzögert. Sie verurteilt auf das Entschiedenste die Machinationen der kapitalistischen Gruppen und Vertretungskörperschaften, die unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Bedenken die Forderung der Arbeiterklasse nach einer ausreichenden Altersversorgung, aus ihrer Arbeiterfeindschaft, ihrer Profitgier und ihrer sozialen Verblendetheit heraus bekämpfen. Die Kreisversammlung spricht aus, daß gerade in der Zeit des ungeheuren Wirtschaftselends, das der Weltkrieg und die imperialistischen Friedensverträge auch über die Bevölkerung dieses Staates verhängt haben, eine planmäßige Fürsorge der Gesellschaft für die alten, arbeitsunfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie für die Arbeitsinvaliden und deren Familien doppelt notwendig ist. Die entschliche Notlage der Arbeitslosen und -greifenden schreit laut nach Abhilfe. Deshalb richtet die Kreisversammlung an die Nationalversammlung und an die Regierung die ebenso nachdrückliche wie begründete Forderung nach einer beschleunigten parlamentarischen Behandlung der Sozialversicherungsvorlage sowie deren Abänderung im Sinne der Forderungen der organisierten Arbeiter. Gleichzeitig dankt sie den Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei für ihre unablässigen Bemühungen um die Einführung der Sozialversicherung und ersucht sie, damit fortzufahren, bis alle Forderungen der Partei auf diesem Gebiete restlos erfüllt sind. Die Kreisversammlung richtet aber auch an die gesamte Arbeiterklasse der tschechoslowakischen Republik den Appell, in diesem wichtigen Augenblicke, wo über die Verwirklichung eines der ältesten und wichtigsten Gegenwartsziele der sozialistischen Arbeiterbewegung entschieden wird, alle Kräfte zu vereinen, damit die Sozialversicherung allen kapitalistischen Anschlägen zum Trotz baldigst zur Tatsache werden kann.

## Massenversammlung in Saaz.

Saaz, am 25. November. Für Samstag abends hatte die Bezirksverwaltung Saaz unserer Partei die Arbeiter zu einer großen öffentlichen Versammlung in die Turnhalle geladen. Sie wurde zu einer gewaltigen Massenversammlung, ja mehr: zu freudigen Massenbegeisterung zur sozialdemokratischen Partei, zu einem Erlebnis, das lange, lange nachwirken wird in den Herzen vieler hundert Arbeiter, zu einem Abend der Sammlung und Erhebung. — Die Saazer Arbeiterfänger eröffneten die Versammlung mit einem Freiheitschor. Abg. Genosse Hirsch, beifällig begrüßt, sprach über „Die Arbeiterklasse und die Reaktion“, in großen Zügen die politischen Ereignisse in Europa zeichnend, scharf und klar zeigend, daß allein die Sozialdemokratie die Kraft ist, die sich der in vielerlei Verkleidungen auftretenden Reaktion entgegenversetzen kann. — Abg. Genosse Uhl, gleichfalls freundlich empfangen, sprach über den „Kampf der deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei“, die Abg. Genossin Maria Deutsch wandte sich mit tiefempfindenden Worten über „Frauen und Sozialismus“ an das weibliche Proletariat, zum Kampf gegen den Militarismus und für die Völkerverbrüderung aufzurufen. Genosse Paul schilderte den „Kampf um die Jugend“, zeigte den Versammelten, wie in unserer Jugendorganisation ein geschultes, kampfbereites und arbeitstüchtiges Geschlecht heranwächst. Genosse Falck sprach über „Hans Kudlich und seine Nachfahren“, in sehr wirkungsvoller, humorvoller Rede die heutigen reaktionären Agrarier mit dem Revolutionär und wahren Freiheitskämpfer Kudlich vergleichend. Wer das Andenken Kudlichs wirklich ehren will, der muß in den

Reihen der Sozialdemokratie den Kampf gegen die Ritter von Palm und Nar führen, gegen jene, die Kudlichs Namen auf den Lippen tragen, aber in Wahrheit die Nachfolger der Reaktionäre aus dem Vormärz sind. — Genosse Hofbauer zeigte die Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes als Kulturkampf und Abg. Genosse Hillebrand rief mit seiner leidenschaftlich durchdrungenen Rede, die zu unermüdlicher Arbeit aufforderte, die Versammlung zu stammender Begeisterung hin. Und als der Regierungsvertreter den Redner zur Mäßigung auffordern ließ, weil er scharfe Worte gegen den Militarismus gebraucht hatte und Hillebrand nun erklärte, erst recht gegen die vielen Unmähigkeiten der Gesellschaftsordnung, unserer staatlichen Zustände zu sprechen, da brauste minutenlang der Beifall durch den Saal, der sich nach Schluß der Rede wieder mächtig erhob. Worte der Aufforderung, den Geist dieser Versammlung mit in die Alltagsarbeit zu tragen, gab der Vorsitzende Genosse Cerny den Massen mit auf den Weg. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhoben sich, die „Internationale“ erklang und dann das „Lied der Arbeit“. Die Bestimmung einer der herrlichsten proletarischen Rundgebungen, die Saaz je erlebte, wird in den Teilnehmern dieser Versammlung noch lange wirken und ihnen Kraft und Mut geben in den Sorgen der Kleinarbeit.

## Die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper.

Nach Unterbrechung der Samstag-Vormittags-Beratungen, über die wir bereits berichteten, begannen die Sonderberatungen u. zw. 1. Die Beratung der Vertreter der mährischen und schlesischen Gemeinden über das „Verpflegungskostendrittel“ mit dem „Zweckverband der deutschen Elektrizitätsgenossenschaften und Werke Mährens und Schlesiens“. Den Vorsitz führte Genosse Schloßnigel (Sternberg), die Berichte erstattete Herr Andráš (Jägerndorf) und Herr Schütz. 2. Die Beratung der Vertreter der böhmischen Gemeinden über „Militärquartierung“ und „Gemeinde-Lichtspielwesen“. Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Künzl (Eger), den Bericht erstattete Herr Abgeordneter Markl. Zu beiden Beratungen wurde das Ergebnis in Beschlussanträgen zusammengefaßt, welche der Hauptversammlung vorgelegt werden. Die Anträge, die am zweiten Verhandlungstage einstimmig genehmigt wurden, besagen:

Die Vertreter der im Verbande der deutschen Gemeinden Mährens fordern daher von der Regierung die unverzügliche Aufhebung des Verpflegungskostendrittel-Ersatzgesetzes. Der durch den Entfall der Erlöse der Gemeinden entstehende Ausfall kann der mährische Landesauschuss ohne weiteres auf das Landesbudget übernehmen. Allenfalls wolle von der Regierung die Anwendung aller für den Staatschatz im administrativen Verfahren, worunter auch das Finanzrechtsverfahren inbegriffen ist, vorgeschriebenen Geldstrafen für diese Zwecke ins Auge gefaßt werden. Eine Finanzschiebung der Lösung dieser Frage bis zur Einführung der Gauverfassung ist nicht möglich, weil die Lage der Gemeinden in Mähren immer unhaltbarer wird.

Es ist zum Studium der Frage der systematischen Elektrifizierung vom Verbandvorstand ein besonderer Ausschuss einzusetzen. Dieser Ausschuss hat sich mit den bestehenden Zweckverbänden ins Einvernehmen zu setzen und zu beraten, ob sich die Errichtung einer besonderen Abteilung im Verbande als notwendig erweisen sollte, oder ob die bestehenden Zweckverbände im Rahmen des Verbandes als solche auszugestalten wären.

Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Kosten der Militärunterbringung, der „Mündigen“ oder einer „vorübergehenden“, nur die Militärverwaltung treffen kann, muß verlangt werden:

- 1. a) Die Militärverwaltung hat die der Unterbringung des Militärs und dessen Ausrüstung gewidmeten und in Eigentum der Gemeinde stehenden Baulichkeiten nach einem, im beiderseitigen Einverständnis und im Zeitpunkt der Uebergabe bzw. Uebernahme festzustellenden Schätzwert gegen Barvergütung zu übernehmen. b) Bis zum Zeitpunkt einer solchen Uebernahme hat die Militärverwaltung den Gemeinden für die Benützung solcher Baulichkeiten eine Jahresentschädigung in einem solchen Ausmaße zu leisten, daß sowohl die angemessene Verzinsung als auch Amortisation des Bauwertes und womöglich auch die Kosten der Instandhaltung befristet werden können. c) Die Entschädigung der Kosten einer vorübergehenden Bequartierung ist den Bestellern der zur Unterbringung des Militärs bereitgestellten Baulichkeiten von den bequartierten Truppenabteilungen nach den örtlichen Preisen direkt zu leisten. II. Die Regierung wird aufgefordert, dem Parlamente einen, die Militärbequartierung betreffenden Gesetzentwurf ebensens vorzulegen oder den von Abg. Hausmann und Genossen bereits eingebrachten diesbezüglichen Gesetzentwurf in Verhandlung ziehen zu lassen.

Um den Gemeinden, welche im Besitze einer Kinolizenz sind, Schutz gegen die Filmgesellschaften und Gelegenheiten zu sachlichen Beratungen zu geben, wird empfohlen, daß diese Gemeinden geschlossen dem Verbande der Kinobesitzer als Mitglied beitreten.

Der Nachmittag des ersten Tages war mit dem Referat des Abg. Dr. Lodgman über „Kriegsanleihe und Gemeindefschulden“ mit anschließender Rede ausgefüllt. In der zu diesem Punkt gefassten Resolution wird betont, daß nur die Einlösung der Kriegsanleihe, also eine entsprechende Ergänzung des Budgets über die Staatsanleihe die wünschenswerten und endgültige Ordnung dieser Angelegenheit sicherstellen kann.

Am Abend versammelten sich die Delegierten so wie am Vortage zu einem vom Nilsburger Stadtrat und der Bevölkerung veranstalteten Festabend. Der zweite Verhandlungstag wurde mit dem Referat des Bürgermeisterstellvertreters Genossen Pözl (Aussig), über „die Rückwirkung der staatlichen Steuergesetzgebung auf die Gemeindefinanzen“ eingeleitet. Genosse Pözl betonte insbesondere, daß die Selbstverwaltungskörper bei allen sie betreffenden Fragen gefragt und gehört werden müssen. Es geht nicht an, alles dem „Ermessen“ der Minister und Präsidenten der Landesverwaltungen zu überlassen. Die Gemeinden und Bezirke müssen als wichtige Zellen der öffentlichen Verwaltung insbesondere in Finanzfragen berücksichtigt werden. Gegenwärtig erhalten die Selbstverwaltungskörper die Vorschriften erhalten zur Vermögensabgabe. Sehr rigoros werden dabei alle im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen in härtester Weise zur Anwendung gebracht. Das Vermögen wird oft künstlich konstruiert. So hat die Steuerverwaltung von Sternberg dem Bezirke Mährisch-Neustadt die Straßengründe und die längst der Straße gepflanzten Obstbäume — den Baum zu 60 K — als Vermögen angerechnet und darauf die Vermögensabgabe vorgeschrieben. Schützen können sich die Gemeinden nur durch Zusammenschluß im Verbande. — Nach kurzer Rede wurde einhellig eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt:

Die Unsicherheit und die Verschlechterung der Finanzlage der Selbstverwaltungskörper ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß bei der Beratung und Beschlußfassung über die staatlichen Steuergesetze deren Rückwirkungen auf die Finanzlage der Gemeinden und Bezirke nicht einmal erwogen, geschweige denn berücksichtigt werden. Zum Teile ist dies wohl auch auf die Hast zurückzuführen, mit welcher die Gesetzgebung arbeitet und die es den Mitgliedern der Nationalversammlung unmöglich macht, die Tragweite der ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe zu erkennen.

Es wird daher gefordert, daß bei der Beratung und Beschlußfassung über die staatlichen Steuergesetze deren Rückwirkungen auf die Finanzen der Selbstverwaltungskörper reichlich erwogen und berücksichtigt werden und daß schon bei der Vorbereitung der Gesetzentwürfe in den Ministerien auch jene Abteilungen gehört werden, die mit dem Finanzwesen der Selbstverwaltungskörper befaßt sind.

Bei der Wahl des von 14 auf 15 Mitglieder erweiterten Vorstandes wurden zehn bürgerliche und nationalsozialistische Vertreter und fünf Sozialdemokraten gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Walthar (Tepliz), zum Stellvertreter Abg. Genosse Czermak gewählt. Weiter gehören dem Vorstande an die Genossen Pözl (Aussig), Goll (Wardorf), Schloßnigel (Sternberg) und Rippel (Eich bei Eger). Angenommen wurde hierauf folgende Entschließung betreffend die Wälder der Staatsanleihe:

Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß die Sicherung der Zuteilung von Wald- und landwirtschaftlichem Boden an die Gemeinden und Bezirke nicht nur vom Standpunkte der Gemeindevirtschaft, sondern auch zur Durchführung der Bodenreform dringend geboten ist, verlangen wir, daß der vom Gesetze gewährleistete Vorrang der Gemeinden, Bezirke und Verbände dieser Selbstverwaltungskörper bei der Durchführung der Bodenreform berücksichtigt wird, daher vom Staate übernommener Waldboden in erster Reihe den Gemeinde- und Bezirken zugeteilt werde.

In der Slowakei und in Karpathenland wurde landwirtschaftlicher und Waldboden an die Gemeinden und Bezirke schon zugeteilt und in der nächsten Zeit sollen weitere Zuteilungen erfolgen. Wenn eine solche Zuteilung in der Slowakei und in Karpathenland möglich ist und durchgeführt wird, um wievielmehr kann dies bei der hochentwickeltesten Selbstverwaltung in Böhmen, Mähren und Schlesien gefordert und seitens der Staatsbehörden auch anerkannt und durchgeführt werden.

Weiter wurde angenommen folgender Antrag Dr. Primavesis:

Den öffentlichen Angestellten ist das Recht der ungehinderten Ausübung von Gemeindevertretungsmandaten gesetzlich gewährleistet. In letzter Zeit sind wiederholt Bestrebungen der Staatsgewalt zutage getreten, welche auf die Einschränkung und Aufhebung dieses Rechtes der öffentlichen Angestellten abzielen. Der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper wird ersucht, die öffentlichen Angestellten mit allen ihm zustehenden Mitteln gegen diese Bestrebungen zu unterstützen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung werden einige Anträge überreicht, die dem Vorstande zur Verhandlung zugewiesen wurden. Sodann wurde die von über 200 Vertretern der Gemeinde und Bezirke und zahlreichen Gästen besuchte Hauptversammlung mit einem eindrucksvollen Schlußworte des Genossen Czermak geschlossen.

## Anarchistische Attentate.

London, 26. Nov. (Habas). Die „Daily Express“ aus Philadelphia erfährt, sind die Attentate gegen das spanische und das italienische Konsulat von spanischen Anarchisten begangen worden, welche auf diese Weise gegen den Besuch des spanischen Königs in Rom protestiert haben.

## Tages-Neuigkeiten.

### Wozu das Schutzeis gebraucht wird!

In einem Bauernhofe in Zaudtel arbeiten zwei vierzehnjährige Knaben. Drei Schulfreunden strichen um den Hof und benützten ihn unbedeutend als Durchgang. Ein elfjähriger Junge hänselte nun den Bierzechnjährigen, indem er ihm Spottnamen zuzief. Dieser verstand aber keinen Spaß, ging hin und verabreichte ihm ein paar Maulschellen.

Eine alltägliche Geschichte, die sich tausendmal in allen Variationen wiederholt. Aber etwas unterscheidet diesen Kinderstreit von anderen, nämlich, daß der Angegriffene ein tschechischer, der ohrfeigende ein deutscher Knabe war. Mit dem Angriff auf den elfjährigen tschechischen Bub wurde nun, nach Ansicht des tschechischen Oberlehrer Kloss in Zaudtel, die tschechische Nation geschlagen, und deshalb muß das Schutzeis eine Vorladung zur politischen Bezirksverwaltung auf Grund des Prügelpatentes. Gleichzeitig aber trat der Untersuchungsrichter auf den Plan, der eine Reihe Protokolle wegen Uebertretung gegen das Schutzeis aufzunehmen hatte. Nun wird der Fall den Gerichtshof beschäftigen — alles wegen einer Bubenohrfeige.

Interessant ist die Rolle, die Herr Oberlehrer Kloss spielt. Er befehlt der Gendarmerie, die Untersuchung des Falles an, er veranlaßt die Organe der politischen Bezirksverwaltung, einzugreifen, er befehlt den Richtern, die Sache zu untersuchen, er ist bei jeder Verfestigung eines Eisenbahnwagens oder Postwagens die treibende Kraft, er sitzt neben Herrn Oberstaatsbahnrat Rebil in der Kanzlei des Bahnvorstandes, und verliest es, „renitenten“ Eisenbahnern, die ihre Kinder nicht in die tschechische Schule schicken wollen, entsprechend beizukommen. Es braucht einen daher nicht zu wundern, wenn er die Ohrfeige an einem seiner elfjährigen Schüler als eine Beleidigung seiner Majestät des Herrn Regierungsvertrauensmannes ansieht und das Schutzeis als für seine Person geschaffen betrachtet.

## Rentenmark-Proporzmen.

Man soll die Rentenmark nicht vor der Ausgabe loben.

Die Papiermark in der Hand ist besser als zehn Rentenmark auf dem Dache.

Früher streute man dem deutschen Volke Sand an die Augen. Jetzt Rentenmark!

Die Eskimos haben sich zur Emission von 300 Millionen Rentiermark entschlossen. Die Rentiere werden gegen Entwertung gedeckt.

Es ist ein Irrtum, wenn die Rentner glauben, Anspruch auf Rentenmark zu haben. Ihre Guthaben sind durch produktive Arbeit der Banken in Papiermark „sonvertiert“ worden.

Die Lehrlingsmishandlungen im Komotauer Bezirke mehrten sich in der letzten Zeit in der erschreckendsten Weise. Binnen kürzester Zeit ist es nun schon der dritte Fall, der sich ereignet hat. Wie die Bezirksorganisation Komotau—Görkau der sozialistischen Jugend unserem Komotauer Bruderblatt mitteilt, wurde am 9. November der bei der Firma Radler in Komotau beschäftigte Lehrling Hüttl von dem Gehilfen Ratke so mishandelt, daß er bewusstlos zu Boden stürzte. Hüttl hatte, um einem eventuellen Unfall vorzubeugen, eine Transmmission ausgetoppelt. Da kam der Gehilfe Ratke hereingestürzt und verfehlte, ohne nach den Begleitumständen des Vorganges zu fragen, Hüttl einen wichtigen Faustschlag ins Gesicht. Ohne sich um sein Opfer zu kümmern, verließ hierauf Ratke den Arbeitsraum. Hüttl, der aus Mund und Nase blutete, wurde im Laufe des Nachmittags zum Arzt geführt, der seine Arbeitsunfähigkeit feststellte und ihm in häusliche Pflege gab. Dieser Fall ist — wie bereits eingangs erwähnt — innerhalb kürzester Zeit die dritte rohe Mishandlung eines Lehrlings. Das vollständig passive Verhalten der Behörden diesen Ausschreitungen wehrlosen Lehrlingen gegenüber läßt die Befürchtung aufkommen, daß die Lehrlinge tatsächlich den Mishandlungen und der Ausbeuterwillkür ihrer Brotherren ohne rechtlichen Schutz ausgeliefert sind.

Ein Opfer seiner Not. Der in Probstau wohnhafte Karl Müller hatte sich auf dem der Britannia-Gewerkschaft gehörigen, aber bereits aufgelassenen Tagbau in Südenorf einen 16 Meter tiefen Schacht gegraben, um sich durch den Verkauf der wenigen Kohlen, die er förderte, einen Lebensunterhalt zu verdienen. Als am Freitag nachmittags giftige Gase im Schacht aufzusteigen begannen, froh Müller heraus, fiel aber am Rande des Schachtes in Ohnmacht und stürzte in die Tiefe. Als Müller nach mißbehaltenen Versuchen wieder ans Tageslicht herausgebracht werden konnte, starb er, bevor ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde. Empörend bei diesem Unfall war das Verhalten der städtischen Sicherheitswache in Tepliz, bei der um die Entsendung eines Rettungswagens angefragt wurde. Sowohl beim Distriktsarzt in Weißkirchen als auch bei der städtischen Sicherheitswache in Tepliz galt die Haupt Sorge der Bezahlung des Autos. Die Bezahlung des Sanitätsautos sollte sogar vor dessen Erscheinen erfolgen. Später — allerdings sehr spät — erschien der Rettungswagen aber dennoch auf der Unglücksstelle.

**Wieder einer!** In Kapfenberg (Zielermarkt) ist der 38jährige Kaplan Josef Pregarner, der vor nicht langer Zeit wegen nicht ganz einwandfreier Lebensführung von Weiz nach Kapfenberg versetzt wurde und dort als Obmann der „Frohen Kindheit“ wirkte, wegen Schändung und Notzucht eines 13jährigen Mädchens verhaftet worden. Pregarner wurde, obwohl ihm der schlechteste Ruf voranging, zum Obmann der „Frohen Kindheit“ — des christlichsozialen Konkurrenzunternehmens gegen die „Kinderfreunde“ — gewählt, so daß ihm die jungen Mädchen, die diesem Verein angehörten, ausgeliefert waren. Er hatte als Obmann die Verwaltung der Vereinsbibliothek für die Kinder unter sich. Die Kinder mußten ihn, wenn sie sich ein Buch ausborgen wollten, im Pfarrhause besuchen. Als im März dieses Jahres ein 13jähriges Schulmädchen bei Pregarner im Pfarrhause erschien, spernte dieser, ohne daß es das Mädchen bemerkte, die Zimmertür zu. Als sich das Mädchen ein Buch ausgeliehen hatte und weggeben wollte, wurde es von dem Kaplan nochmals zum Tische zurückgerufen. Bei dieser Gelegenheit riß der Kaplan das Mädchen an sich, betastete es in unverschämter roher Weise, wobei er bemerkte, daß seine Hand gewiebt und so etwas mit ihm keine Sünde sei. Sodann vergewaltigte er das Kind, wobei er ihm den Mund zupflügte. Als er dann das Mädchen hinausließ, besprengte er es mit Weichwasser und rief ihm einen jüdischen Gruß zu. Als das Mädchen dann im September zu Verwandten nach Wien kam, beklagte es sich über Leibschmerzen. Der Arzt stellte fest, daß es — obwohl es damals gerade das vierzehnte Lebensjahr überschritten hatte, bereits des öfteren früher geschlechtlich mißbraucht worden war. Der untersuchende Arzt erstattete sofort die Anzeige, die an den Genbarmerieposten in Kapfenberg weitergeleitet wurde. Das Mädchen wurde nochmals im Krankenhaus in Graz untersucht, wobei derselbe Befund festgestellt wurde. Trotzdem nun gegen Pregarner die Anzeige erstattet war, blieb dieser solange auf seinem Posten, bis der Ortschulrat, um eine Störung des Unterrichtes durch die empörten Eltern hintanzuhalten, die Schulleitung beauftragte, dem Schweinereprieater das Betreten des Schulhauses zu verbieten. Der Rohheitsakt dieses pfäfflichen Obmannes eines katholischen Kindervereines hat natürlich in Kapfenberg und seiner Umgebung eine ungeheure Erregung ausgelöst.

**Wie reimt sich das?** In der „Bohemia“ vom Samstag ist in der Gerichtssaalrubrik eine Notiz enthalten, in der in beweglichen Worten das Liebesleben eines unglücklichen Taubstummen, der noch dazu lungenkrank ist, geschildert wird. Der Kermite hat einen pathologischen Hang zum Stehlen und wurde — da Wiederholungsfall vorlag, — zu sechs Monaten schweren Arfers verurteilt. Nun schließt die „Bohemia“ diese Geschichte von Not, Verkommenheit und Krankheit mit folgendem Satz: „Mit Dankworten schloß der Vorsitzende die erhebende Feier“ (!).

**Der verbrecherische Studentenduellflug.** Wie unser Grazer Bruderblatt meldet, wurden Samstag nachts ins Grazer Landeskrankenhaus zwei schwerverletzte Studenten eingeliefert. Der eine von ihnen hat bei einem schweren Säbelduell, das zwischen den beiden stattfand, eine schwere Klaffende Kopfwunde bis auf das Gehirn erlitten und dürfte seiner Verletzung erliegen. Er hat mehrere Stunden nach der Einbringung Blut erbrochen, so daß sein Zustand als hoffnungslos bezeichnet werden muß. Dem anderen Studenten wurde bei der „Retting seiner Ehre“ die Nase abgehauen. Dieser Vorfall reiht sich würdig an das Duell, das vor kurzer Zeit in Komotau stattfand und bei dem, wie

wir gemeldet haben, einem Studenten ein Auge ausgestochen wurde.

**Woll er das Beamtenelend schildern.** Aus Budapest wird gemeldet: Der Romanchriftsteller Desider Szabo wurde wegen eines Zeitungsartikels über das Beamtenelend, in dem das Geräch eine Aufreizung und eine Schmähung der ungarischen Nation erblickte, zu zwei Jahren Gefängnis und 100.000 Kronen Geldstrafe verurteilt.

**Frost und Schneefälle.** Seit Samstag herrscht in Paris und in Nordfrankreich eine strenge Kälte. Es sind bisher in Paris fünf Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. In den höheren Lagen sind starke Schneefälle zu verzeichnen. — Aus Graz wird gemeldet: Seit Samstag früh schneit es hier ununterbrochen. Die Berghänge der Umgebung zeigen eine ungefähr 35 Zentimeter hohe Schneedecke. Aus dem Salzkammergut kommen gleichfalls Meldungen über den rapiden Anbruch des Winters. In Laibach ist gleichfalls reichlicher Schneefall eingetreten. In der Stadt liegen große Schneemassen, die Samstag vormittag schon die Höhe von 30 Zentimetern erreicht haben.

**Eine untergegangene Dampfschiffung.** Ein englischer Dampfer scheiterte an der schwedischen Küste. Er soll eine für die Sowjet oder für die Hitlerleute bestimmte Ladung Kriegsmaterial an Bord geführt haben.

**Ein glücklicher Fund.** Bei Parma hat ein Bauer beim Umkehren eines Baumes eine eiserne, mit Ketten umwundene, etwa ein Meter lange Riste gefunden. In der Meinung, daß sie Explosivstoffe enthalte, rief er Carabinieri herbei, die feststellten, daß die Riste mit Goldmünzen im Werte von schätzungsweise drei Millionen Lire gefüllt war.

**Raubüberfall auf ein ukrainisches Kloster.** In Kiew drang eine Räuberbande in das Petchorskaja Lawra-Kloster, beraubte die Zelle des Archimendriten Nikolaj Drobjancki und ermordete diesen, als er den Räubern entgegenzutreten suchte.

**Veränderungen im Personensverkehr vom 1. Dezember 1923.** Die Staatsbahndirektion in Wien gibt bekannt: Vom 1. Dezember ab geht der Zug 2148 von Nachod schon um 19 Uhr (um 15 Minuten früher) nach, ab Bzenzelsberg 19 Uhr 20 Minuten an Starofsch 19 Uhr 27 Minuten. — Zug 724 geht von Königgrätz um 20 Minuten früher (1 Uhr 21 Min.) ab und kommt in Pardubitz um 1 Uhr 50 Min. an. Zug 3548 geht von Lannavař-Schumburg um vier Minuten früher (16 Uhr 43 Min.) an und kommt in Ejenbrod um 17 Uhr 30 Min. an. Auf der Strecke Reichenberg—Alt-Palta wird der an Samstag im Verlebe gelandene Zug 718b. Abfahrt Reichenberg 13 Uhr, Ankunft Alt-Palta 15 Uhr 14 Min. abgelassen.

**Wetterübersicht.** Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauer der bisherigen Witterung.

**Gerichtssaal.**

**Nord an einem Heger.**  
Eine nach fünf Jahren festgenommene Räuberbande.

**Prag, 26. November.** Vor den Prager Geschworenen begann heute ein für fünf Tage andauernder Mordprozeß, dessen Tatbestand fünf Jahre zurückliegt. Nach der Anlagenschrift fand am 5. Mai 1918 die Bäuerin Martha Repke in einem Walde bei Schwarzfostelitz die Leiche des Hegers Franz Souzdilka. Wie die Untersuchung ergab, wurde der Heger durch eine Schrotladung ins Fem geschödet. Alle Umstände wiesen darauf hin, daß es sich nur um einen Mord handeln könne. Als der Tat dringend verdächtig

wurde damals der 37jährige Häusler Franz Zidel aus Střimelitz verhaftet, der einen Tag vor dem Mord — er befand sich damals auf kurzem Urlaub — in der Nähe des Tatortes gesehen wurde. Eine bei Zidel vorgenommene Hausdurchsuchung hatte das Ergebnis, daß man in der Ofenafche gehobenes Blei fand. Zidel war im Prager Garnisonsspital verhaftet worden, wo er sich eine Verletzung, die von einer Schrotladung herrührte, beibringen ließ. Obwohl nun festgestellt wurde, daß das bei der Hausdurchsuchung gefundene Blei mit den in der Leiche des ermordeten Hegers gefundenen Bleikörnern identisch war, wurde Zidel dennoch wegen Mangels an Beweisen vom Divisionsgerichtshof freigesprochen.

**Die Kronzeugin der Tat meldet sich.**

Am 5. Mai 1923, also fünf Jahre nach dem Mord, meldete sich eine gewisse Rosa Susta bei der Genbarmerie und gab an, daß sie bei dem Mord zugegen gewesen sei. Zidel habe den Heger erschossen. Im Laufe des Krieges sei Zidel mit dem Lehrer Heinrich Zitzel aus Tscholitz, einem gewissen Josef Polub und einer Rosa Svoboda öfters in den Wald gegangen, um Holz zu stehlen. In Begleitung des Zidel habe sich immer ein Russe befunden, der gleich Zidel einen solchen Part und eine Wölle trug. Die Goldstücke hätten immer Genochre. Frau Svoboda einen Revolver bei sich getragen. Am 5. Mai 1918 sei die Susta zwischen 4 und 5 Uhr früh mit dem Heger in den Wald gegangen. Der Heger erzählte ihr, daß er sich auf der Spur der Goldiebe befände. In der Nähe des Tatortes kam den beiden Zidel mit seiner Bande entgegen. Die Susta habe sich damals aus Furcht in ein Dickicht versteckt und sei daher von den Goldieben nicht gesehen worden. Der Heger habe die Bande mit dem Russe, „Solt, was macht Ihr da, wo ist mein Holz?“ angehalten.

In diesem Augenblicke gab der Russe einen Schuß auf den Heger ab, der sofort das Feuer erwiderte. Zidel schoß im Verlaufe des Feuergelechtes viermal auf den Heger, der auch getroffen zusammenbrach. Der Heger rief sich dann noch einmal auf und froh auf allen Vieren weiter. Da hörte die Susta den Zidel sagen: „Erschlag ihn, damit er einmal genug hat“. Daraufhin hätten die Genossen Zidels auf den Heger, der um sein Leben bat, rücksichtslos eingeschlagen. Auch die Svoboda soll gerufen haben: „Bring ihn um“. Als dann der Lehrer Zitzel sagte: „Es ist niemand hier, es hat uns auch niemand gesehen“, sei die Susta wegelaufen.

Etwa 14 Tage nach der Tat erschien die Svoboda bei der Susta und warnte sie, etwas zu verstraten. Die Svoboda hatte jedenfalls eine Ahnung davon, daß die Susta mit dem Heger in den Wald gegangen sei. „Ich würde Euch erwidern und Euer Haus anzünden“ drohte die Svoboda nach dem Weggehen.

Die Susta gibt nun an, daß sie alles erzählt hätte, wenn der die Untersuchung führende Wachmeister nicht so nachlässig vorgegangen und sie abgewiesen hätte. Der Wachmeister habe auch andere Zeugen, die Zidel als Mörder bezeichnet, abgewiesen. Die Anlagenschrift stellt dann noch fest, daß ein herbeigeholter Polizeihund eine Spur aufnahm und einmal zur Behauptung des Russen, das antwortend zur Behauptung des Zidel die Spur verfolgte.

Die Staatsanwaltschaft hat auf diese Auslage der Susta hin die Untersuchung nochmals einzuleiten lassen und gegen Zidel die Anklage wegen Verbrechens des Mordmordes erhoben. Die übrigen, Rosa Svoboda, Heinrich Zitzel und Josef Polub, der Schlosser in Radwanitz ist, sind wegen des Verbrechens der Mithschuld angeklagt. Die Svoboda hat sich außerdem wegen des Verbrechens des Diebstahls und der Erpressung

zu verantworten. Im Laufe des Prozesses werden 50 Zeugen einvernommen werden. Mittwoch wird sich das Schwurgericht mit den Verteidigern auf den Tatort begeben, um einen genauen Vorfalangen, schein vorzunehmen.

Die Angeklagten bestreiten beim Verhöre jede Schuld. Der Hauptangeklagte Zidel erklärt, daß er den ermordeten Heger nicht gekannt habe. Auch seine Mitangeklagten habe er früher nie gekannt. Die übrigen Angeklagten sagen in ähnlichem Sinne aus: Sie wollen von dem Mord erst nach der Auffindung des Hegers erfahren haben.

Die Verhandlung wurde um halb 9 Uhr abends auf morgen früh vertagt.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Die Sorgen der politischen Bezirksverwaltung in Mistel.** Das Sekretariat des deutschen Bauarbeiterverbandes in Jägerndorf brachte am 29. Oktober l. J. bei einer Reihe Bezirkshauptmannschaften das Ansuchen an das Ministerium für soziale Fürsorge um Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ein, darunter auch ein solches an die politische Bezirksverwaltung in Mistel. Damit nun die hungernden Bauarbeiter sehen, wie sich diese Behörden um sie kümmern, wurde dem Sekretariat die Eingabe mit der Begründung zurückgeschickt, daß in Mistel Eingaben nur angenommen werden, wenn sie in tschechoslowakischer Sprache abgefaßt sind. Döher geht es nicht mehr! Die größte Sorge dieser Behörde ist die tschechoslowakische Sprache. Vor ihr muß Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Hunger und tiefes Elend der Arbeiterschaft zurücktreten. Arbeit der Arbeitslosenunterstützung für die hungernden Bauarbeiter ist dieser Behörde Nebensache, die Hauptsache ist aber die tschechoslowakische Sprache. So sieht die soziale Fürsorge aus. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung für die Bauarbeiter wird mit allen erdenklichen Mitteln zu hinterziehen versucht, und dann wundern sich derartige Behörden, wenn die Arbeiterschaft zu ihnen kein Vertrauen hat. Im Ausland prahlt man mit der großartigen sozialen Fürsorge in der Tschechoslowakei und zu Hause erhalten die Arbeitslosen ein Dupend Sprachenparagraphe statt Unterstützung verabsolgt. Dafür wird hoffentlich der Herr Amtsleiter der politischen Bezirksverwaltung in Mistel bald befördert werden. Hat er doch wieder einmal die Republik gerettet und gezeigt, mit welchen einfachen Mitteln Ansuchen um Arbeitslosenunterstützung „erledigt“ werden können.

**Betriebsräte.** Eine wichtige Erhebung über die Entwicklung der Betriebsräte wurde in den letzten zwei Jahren von der internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterforschung ausgeführt. Die Generalversammlung der Vereinigung, die am 12. und 13. Oktober d. J. tagte, sagte in der Angelegenheit die folgende Entschlickung: „1. Die Betriebsräte und andere Formen der Vertretung der in industriellen Betrieben beschäftigten Arbeiter werden von den Arbeiterklassen insoweit unterstützt, als sie so geeartet sind, daß sie die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation nicht hindern und daß sie sich nicht mit allgemeinen Fragen befassen, die in den Bereich der Gewerkschaften oder der politischen Parteien fallen. 2. In jenen Ländern, wo Betriebsräte durch die Gesetzgebung errichtet wurden, wird ihr Nutzen allgemein anerkannt, haben sie in zunehmendem Maße die Billigung der Unternehmer gefunden und werden sie als eines der geeignetsten Mittel zur Ausgleichung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Beschäftigten, sowie zur Förderung der ständigen Vesserung dieser Beziehungen betrachtet. 3. Gemäß ihren Grundfäden und ihrer Tätigkeit er-

**Vater Goriot.**

Von Honoré de Balzac.

„Ich schwöre Ihnen, daß ich nur eine Frau auf der Welt liebe,“ sagte der Student. „Wie sehr, das weiß ich erst seit wenigen Augenblicken.“  
„Welches Glück!“ rief Vater Goriot.  
„Aber,“ fuhr der Student fort, „Tatleifers Sohn steht vor einem Duell, und ich habe gehört, daß er getötet werden wird.“  
„Was kümmert das Sie?“ fragte Goriot.  
„Man muß ihn warnen, damit er seinen Sohn verhinde.“  
In diesem Augenblick wurde er von Vautrin unterbrochen, der singend auf der Schwelle erschien:  
„O Richard, o mein König!  
Die ganze Welt verläßt dich...  
Brum! brum! brum! brum! brum!  
Lange bin ich durch die Welt geeilt,  
Kennen tut mich jedermann...  
Tra la la la la...“

„Meine Herren,“ rief Christoph, „die Suppe ist aufgetragen, und alle Welt ist bei Tisch.“  
„Dalt,“ rief Vautrin, „hol eine Flasche von meinem Bordeaux.“  
„Wie gefällt Ihnen die Uhr,“ fragte Vater Goriot. „Die Kleine hat Geschmack, wie?“  
Vautrin, Vater Goriot und Rastignac gingen zusammen die Treppe hinunter und sahen infolge ihrer Verspätung nebeneinander. Eugen war bei Tisch von nicht zu übersehender Kälte gegen Vautrin, trotzdem in dieser Mann, der Frau Bauquer so liebenswürdig erschien, niemals so viel Witz entfaltet hatte. Er sprühte vor Gist und wirkte bei allen Tischgenossen zündend. Seine Sicherheit und Kaltblütigkeit entsetzten Eugen.

„Was ist Ihnen denn passiert?“ fragte Frau Bauquer. „Sie sind lustig wie ein Fisch.“  
„Ich bin immer lustig, wenn ich gute Geschäfte gemacht habe.“  
„Geschäfte?“ sagte Eugen.  
„Natürlich. Ich habe einen Posten Ware abgeliefert, der mir eine dicke Kommission eintragen wird. Fräulein Michonneau,“ sagte er, da ihm der prüfende Blick der alten Jungfer nicht entging, „was mißfällt Ihnen denn an mir, daß Sie mich so scharf ansehen? Sagen Sie es nur, ich will mich ändern, um Ihnen gesung zu sein. Poiret, deshalb wollen wir uns doch nicht erzürnen, wie?“ Er blinzelte dem alten Beamten zu.  
„Zum Donnerwetter, Sie wären ein glanzendes Modell für einen postenreichen Hercules,“ sagte der junge Maler zu Vautrin.  
„Meiner Treu, einverstanden, wenn Fräulein Michonneau als Modell für eine Venus vom Père-Lachaise dienen will,“ antwortete Vautrin.  
„Und Poiret?“ fragte Bianchon.  
„Oh, Poiret soll Poiret bleiben. Er wird der Gott des Gartens werden!“ rief Vautrin.  
„Er stammt von Birnen (poire) ab...“  
„Faul!“ sagte Bianchon. „Sie wären also zwischen Birnen und Käse.“  
„Das sind alles Dummheiten,“ sagte Frau Bauquer. „Sie täten besser, uns von Ihrem Bordeaux anzubieten, die Flasche steckt ihren Hals vorwiegend heraus. Das wird unsere Freude erhöhen, außerdem tut diese Stärkung dem Magen gut.“  
„Meine Herren,“ sagte Vautrin, „dem Ordnungsruf der Präsidentin muß man sich fügen. Frau Couture und Fräulein Victorine werden Ihre törichteren Reden nicht weiter übernehmen, aber respektieren Sie die Unschuld von Vater Goriot. Ich schlage Ihnen eine kleine Flasche Bordeaux vor, die der Name Laffitte doppelt bekräftigt macht, dies ohne jegliche politische Anspielung. Nun, Chinesen!“ rief er Christoph zu,

der sich nicht vom Fleck rührte. „Hierher, Christoph! Wie, du hörst auf deinen Namen nicht? Chinesen, hol nur die Flüssigkeit herbei.“  
„Hier, Herr Vautrin,“ sagte Christoph, ihm die Flasche reichend.  
Vautrin schenkte Eugens und Goriot's Glas voll, dann schenkte er sich selbst einige Tropfen ein, die er kostete, während seine Nachbarn tranken. Wüßlich schnitt er eine Grimasse.  
Zum Teufel! er schmeckt nach dem Pfropfen. Nimm den Rest für dich, Christoph, und bring uns was anderes. Rechts, du weißt Bescheid. Wir sind sechszehn, hol acht Flaschen!“  
„Da Sie sich ruinieren, stifte ich hundert Kaskanien,“ rief der Maler.  
„Oh! Oh!“  
„Buuh!“  
„Prer!“  
Erstaunte Ausrufe lösten einander ab wie aufsteigende Raketen.  
„Nun, Mama Bauquer, stiften Sie zwei Flaschen Champagner,“ rief Vautrin.  
„Das wäre noch besser! Warum verlangen Sie nicht gleich das ganze Haus. Zwei Flaschen Champagner! Das sind zwöf Franken! Die kommen nicht von selbst! Aber wenn Herr Eugen sie bezahlen will, so stifte ich Liqueur.“  
„Ihr Liqueur ist das reinste Abführmittel, wie Mama,“ sagte der Mediziner leise.  
„Willst du wohl schweigen, Bianchon!“ rief Rastignac, „ich kann nichts von Mama hören, ohne daß mein Herz... Einverstanden, ich zahle den Champagner.“  
„Oh! Oh!“ rief Frau Bauquer, „bringen Sie Biskuits und kleine Kuchen.“  
„Ihre kleinen Kuchen sind zu groß,“ sagte Vautrin, „sie haben einen Part. Aber ran mit den Biskuits.“  
Im nächsten Augenblick wurde der Wein eingeschent, die Tischgenossen wurden immer

übermütiger, die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt. Unter wildem Gelächter erlangten Tierstimmen. Der Museumsbeamte kam auf den Einfall, einen Pariser Ausruf nachzuahmen, der dem Mianen einer verlichten Kasse gleich, im selben Augenblick brüllten acht Stimmen: „Messerwechsel! — Futter für die Vögelchen! — Ein uns Vergnügen, meine Damen, rin ins Vergnügen! — Hier werden Teller gelistet! — Ins Schiff, ins Schiff! — Klopft eure Frauen und eure Kleider! — Wer kauft alte Kleider, Hüte und Tressen! — Zur süßen Kirche!“  
„Aber den Vogel schoß Bianchon ab, der mit nacheinander Stimme rief: „Regenschirme, kauft Regenschirme!“ Der Lärm spottete jeder Beschreibung, abernes Gespräch machte sich breit, Vautrin leitete den ganzen Hexensabbat wie ein Kapellmeister, während er ein Auge auf Eugen und Vater Goriot hatte, die betrunken schienen. Sie sahen steif auf ihrem Stuhl, sahen dem ungewohnten Toben ernst zu und tranken nur wenig; beide dachten an das, was sie heute abend zu tun hatten, und fühlten sich doch nicht imstande, aufzustehen. Vautrin der sie von der Seite beobachtete, nahm den Augenblick wahr, wo ihre Augenlider immer schwerer wurden, und flüsterte Rastignac ins Ohr: „Mein lieber Junge, dem Kampf mit Papa Vautrin sind wir noch lange nicht gewachsen. Er liebt Sie zu sehr, um Ihre Dummheiten nicht zu bereiten. Wenn ich etwas beschloffen habe, so kann sich mir höchstens der liebe Gott in den Weg stellen! Nicht wahr, wir wollten Vater Taillefer benachrichtigen und richtige Schließerschlüssel machen! Der Ofen ist warm, der Teig geknetet, das Brot auf der Schaufel, morgen wollen wir hineinbeifsen, daß es kracht, und darin sollten wir hineinbeifsen, daß es kracht, nein, der Fall ist reif, alles geht seinen Gang! Wenn wir ein paar kleine Gewissensbisse haben, sie vergehen so schnell wie Verdauungsstörungen.“

(Fortsetzung folgt.)

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt. Es empfiehlt sich außerdem auf dem Erlagschein auch noch die auf der Zeitungsadresse angeführte

Evidenznummer

anzuführen. Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbeitrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und erziehen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

möglichen die Betriebsräte und ähnliche Einrichtungen, die Repräsentation des Arbeiters in den Betrieben auf eine neue juristische Grundlage zu stellen, indem sie ihm das Mittel geben, zum Vorteil der ganzen Gemeinschaft seine wirtschaftliche Tätigkeit durchzuführen, ohne die seine Rechte ohne Wert bleiben würden. Die Versammlung beschloß ferner, die Internationale Arbeitsorganisation zu erforschen, der erwähnten Erhebung ihre offizielle Unterstützung angedeihen zu lassen, dadurch, daß sie sich um die nötigen Unterlagen unmittelbar an die Regierungen, sowie an die Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften wendet.

Generalversammlung der österreichischen Arbeiterbank. Am Samstag fand in Wien eine außerordentliche Generalversammlung der österreichischen Arbeiterbank statt. Der Grund war die notwendig gewordene Kapitalerhöhung, die auch genehmigt wurde.

Abbruch der wirtschaftlichen Verhandlungen Polen-Rußland. Warschauer Blättermeldungen zufolge können die Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland, betreffend die Transitfrage, die kürzlich in Warschau stattgefunden haben, als definitiv abgebrochen betrachtet werden. Der Delegierte der Sowjetregierung, Kopp, kehrt nicht mehr nach Warschau zurück.

Lohnhöhungen der polnischen Bergarbeiter. Im Dombrower Revier wurde zwischen den Industriellen und den Bergarbeitergewerkschaften ein neues Lohnabkommen getroffen, wonach den Bergarbeitern eine 30prozentige Lohnhöhung zuerkannt wurde.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with 2 columns: Location (Berlin, Wien) and Exchange Rate (Schw. Fran, Mark, Scher. Kr.).

Brager Kurze am 26. November.

Table with 3 columns: Item (Gold, War), Price (1923), and Price (1920).

Kunst und Wissen.

„Die Fische“ von Mozart. (Festvorstellung der Fischehalle, 24. November 1923.) Eine Festvorstellung nur in der äußeren Aufführung, die künstlerischen Leistungen waren nur zum Teil festmäßig. Vor allem Verhold Sterneck als gastgebender Fische, immer noch der gleiche, Wärme und Frohsinn ausstrahlende Prachtsänger von ebendem, und die weiblichen Gäste des Abends, Frau Fische-Wögl als Gräfin und Frau Boenneten als Susanne; erstere namentlich durch den Glanz und Wohlklang ihrer Stimme begeistert, letztere musterhaft im Mozartschen Sinne und von köstlicher Spielfreudigkeit. Eine angenehme Ueberraschung war der Cherubin Fr. Irene Scharfs, einer jungen Sängerin, die nicht nur gewandt zu spielen versteht, sondern auch in der geschmackvollen Behandlung ihrer schönen und gut gebildeten Stimme beachtenswerte künstlerische Fähigkeiten offenbarte, die ihr die Anwartschaft auf höhere Beschäftigung sichern; das zeitweilige Danebenstehen wird sich die strebsame Anfängerin bei größerer Vertrautheit mit den aufstiegsfähigen Verhältnissen des Hauses von selbst abgewöhnen. Als reines Ausbühnungsspiel in der Art der Barocke des Herrn Martini aus Brünn zu werten, eines guten Darstellers, aber unzureichenden Sängers. Das Orchester unter Herrn Kapellmeister Stetels Leitung zeigte schon in der Ouvertüre die musikalische Artung des Werks an, nämlich Mangel an Disziplin, übertriebene Erzwangnis zur Verschärfung der Rhythmi und Willkürlichkeit in den Zeitmaßen.

25. November 1923.) Battistini ist in Wahrheit ein Wunder italienischer Gesangs-kultur, dessen teilhaftig zu werden, ein Glück für seine mitlebenden Sänger und Sangesfreunde ist. Verursacher sollten zu ihm als dem Ideal aller Sangeskunst pilgern, um von ihm zu lernen, wie man noch als nahezu sechzigjähriger Sänger Ton und Stimme so meistern kann. Aber auch als Darsteller ist Battistini noch immer jugendlich lebendig und leidenschaftlich. Der zweite Akt der sonntägigen „Tosca“-Aufführung gehört zu den eindrucksvollsten Opernerlebnissen der letzten Jahre. Battistini als Scarpia und Signora Salvatini als Tosca schufen hierin ein dramatisches Bühnenbild, das an Intensität des Ausdruckes, an hinreichender Leidenschaftlichkeit und atemberaubender Realistik nicht überboten werden kann. Die Scarpia (Scarpia) in leidenschaftlicher Hier Tosca (Salvatini) an sich reißt und wie sie sich zur Ermordung Scarpias den Mut entfacht, indem sie unaufhörlich den Namen des Geliebten Mario murmelt, ist Erlebnis und Ereignis. Auch als Sängerin hat Signora Salvatini triumphiert, trotzdem ihre Stimme nicht sinnlich schön, sondern in der Mittellage und Tiefe leicht verschleiert und in der Höhe spröde ist. Neben diesen außerordentlichen künstlerischen Leistungen der beiden Gäste wirkte alles andere als bloße Staffage. Immerhin sei namentlich Herrn Eisenbergs lobend gedacht, der den Cavabasso mit bedeutendem dramatischen Akzent sang und spielte. Auch Kapellmeister Stetels leitete ganze Arbeit am Dirigentenpult.

Vorlesung Franz Blei (Mozartium). Franz Blei weiß noch immer sehr viel; nur eines weiß er nicht: daß ein Genießer von Formen aus vergangenen Zeiten, wenn er älter wird, nicht mehr geschmackvoll wirkt. Seine Koloristik, in die er sich einzulernen versteht wie kaum ein anderer, mag ja für Feinschmecker exquisite Kostproben produzieren, aber zuviel von Genuß dieser Sorte verdirbt — den Magen. Seine erst-erste Erzählung „Der Ios“: „Schloß ist keine schlechte Mischung aus dem 17. Jahrhundert und Moderne. Das Eigene, die erotische Anteilnahme, verrät, daß der Dichter in der Psychologie der Liebe erfahren ist. Die Heiterkeit des Nachschlages „Ein treuer Diener seines Herrn“ war eher gewollt als von Wirkung. Wenn Blei zu Anfang der Vorlesung sich dagegen verwahrte, ein Pflaunders genannt zu werden und Arthur Schnitzler als solchen in Wien polizeilich gemeldet nannte, so strafte ihn selbst der letzte Teil des Abends Lügen, da er über das Thema: „Der vollendete Liebhaber“ (oder hieß es anders?) — sprach. Im Namen Schnitzlers sei hier protestiert. Die lebendige Grazie dieses Dichters, mag sie auch manchmal spielerisch sein, hat nichts mit der immer unechten, furchtbar geschminnten Koloristik Franz Bleis zu tun.

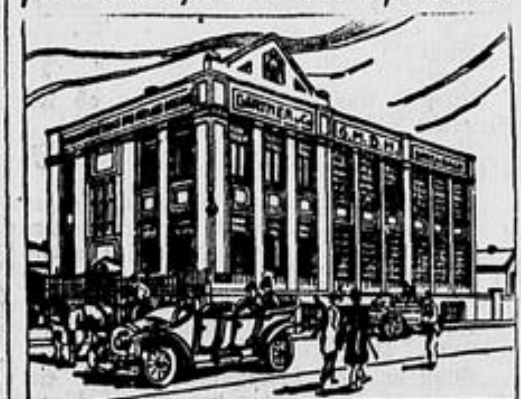
„Die Meerjungfrau.“ (Deutsches Dilettantentheater.) Man darf es den Dilettanten nicht übelnehmen, daß sie nach dem für Darsteller sicherlich sehr anstrengendem Pensum der Schillerfeier nun Sonntag ihrem Publikum mit leichter Kost aufwarten. Daß diese Kost allzuleicht ausfällt, war sicherlich ein Fehler. Die Darsteller, vor allem Egon Toru, Irma Krohnow, Bidi Roman und Franz Bäumer, bemühen sich, die wegen eines Meerjungfrauenbildes und seines Schöpfers entstandenen Konflikte so schmuseligerregend als es eben ging, darzustellen, was ihnen schließlich im letzten Akt des Schwankes — Firma Emil und Arnold Holz — vollständig gelang. Das ausverkaufte Haus lachte nicht mit seinem Dank, nachdem es gut gelacht hatte.

Ureröffn. v. Jemlinsky's „Wozzeck“ an der Wiener Staatsoper. Dieser Tage wurde Alexander Jemlinsky's neues Werk, die einaktige Oper „Der Wozzeck“ an der Wiener Staatsoper uraufgeführt. In einer kurzen Vortitel der die eigentliche Besprechung der Oper noch folgen soll, nennt sie die „Arbeiter Zeitung“, ein mit höchster Kunstfertigkeit gearbeitetes, in der Harmonik neuartiges und mit delikatem Orchesterklang ausgestattetes Werk.

Eröffnung der „Alten Bühne“. Die „Alte Bühne“ im Frei-Reiter-Park, die seit dem Sommer

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Größtformatige, Stereotypen, Verlag, Buchbinderei, neuere Gips- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Relatormaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postparafirma Nr. 127. 903

mer einen durchgreifenden Umbau erfahren hat und sich nun in einer völlig neuen Gewandung präsentieren wird, dürfte voraussichtlich Ende dieser Woche wieder eröffnet werden. Für die erste Vorstellung, deren bestimmter Zeitpunkt noch bekanntgegeben werden wird, ist folgendes Programm vorgesehen: 1. Ouvertüre zu „Fingos Hochzeit“, dirigiert von Alexander Zemlinsky; 2. Prolog, gesprochen von Direktor Leopold Kramer; 3. „Die deutschen Kleinstädter“, Lustspiel in vier Akten von Kopeck, vollständig neuinszeniert und ausgestattet. Der ersten Aufführung wird am Abend vorher als offizielle Eröffnungsfeier eine öffentliche Generalprobe mit demselben Programm vorhergehen. Für diese Generalprobe wurden nur zwei Einheitspreise festgesetzt, und zwar Parterrepreise 50 K, Balkonpreise 25 K. Vorkerkungen auf die für die Generalprobe und die erste Vorstellung noch verfügbaren Plätze werden an der Tageskasse ohne Verbindlichkeit entgegengenommen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute die neue Stolz-Operette „Wädi“; morgen Mittwoch Gastspiel Leopoldine Konstantin mit dem Ensemble des Raimund-Theaters „Die Sache Matropolis“; Donnerstag Gastspiel Konstantin und Raimund-Theater „Fasching“; Freitag Wiederholung „Die Sache Matropolis“.

Die Arbeiter-Vorstellung „Mignon“. Sonntag, den 2. Dezember, gelangt im Neuen Deutschen Theater als Vorstellung des Vereines deutscher Arbeiter in Prag die neuinszenierte Thomas-Oper „Mignon“ zur Aufführung. Bedeutend ermäßigte Preise. Kartenverkauf bei Opern-Gen. Deutsch-Graben 25, Kleiner Basar.

Aus der Partei.

Große Volksversammlung in Rikolsburg. Samstag fand im Gasthause Stecl in Rikolsburg eine Massenversammlung statt, in der nachstehende Genossen an Stelle des verhinderten Gen. Hege referierten: Gen. de Witt (Karlsbad) sprach über die große Not des deutschen arbeitenden Volkes, welches von den nationalen Großkapitalisten immer mehr ausgebeutet und geknechtet wird. Genosse Gotsch (Warnsdorf) führte aus, daß so viel Parteigenossen zur Tagung der Deutschen Selbstverwaltungskörper nach Rikolsburg kamen, um im Interesse der deutschen Gemeinwesen an dieser Demonstration teilzunehmen. Er sprach seine Genugtuung aus, daß in Rikolsburg, trotzdem daß keine Industrie vorhanden sei, so ein Massenbewusstes Proletariat und eine so große und gesunde Arbeiterbewegung vorhanden ist. Gen. Bögl (Aussig) wies darauf hin, daß das Proletariat nur stark ist, wenn es einig ist. Das tschechische Proletariat, welches heute noch in großer Zahl der nationaltschechischen Phrasen und Ideologie erlegen ist, dürfte in nicht allzuferner Zeit zur Erkenntnis gelangen, daß sein Heil nur im Zusammenhange mit dem Proletariat der übrigen Nationen liegt. Der im Karlsbader Parteitag verlangte Proletarier-Kongreß hätte die Einheitsfront des Proletariats herbeiführen sollen. Was die Verblendung bisher verhinderte, wird die große Notlage der gesamten arbeitenden Bevölkerung erzwingen. Gen. Sacher (Fischern) begrüßte besonders die so zahlreich erschienenen Frauen und jüngeren Arbeiter. Der Vorsitzende Gen. Stumvoll konnte unter stürmischem Beifall der Versammlung allen Referenten den Dank für ihre ausgezeichneten Ausführungen aussprechen; er gab der Ueberraschung Ausdruck, daß die referierenden Genossen sich nun überzeugt haben, daß in diesem industriearmen südwestböhmischen Gebiet eine gesunde und starke Arbeiterbewegung besteht, welche die rote Flagge in Ehren hochhält. Er berichtete sodann, daß für das deutsche Proletariat größere Beiträge gesammelt

wurden, ja daß der Beschluß gefaßt wurde 15 bis 20 hungernde deutsche Arbeiterkinder auf einige Monate in Verpflegung zu nehmen und schloß mit den Worten: Die Arbeiterschaft, welche durch erste und stete Arbeit in Rikolsburg eine gesunde Bewegung geschaffen hat und die durch keinerlei Mächenschaften oder von rechts noch links, eine Schädigung zulassen wird, übermitteln ihre Grüße dem tschechischen Proletariat. — Die Versammlung wurde sodann geschlossen.

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen Viktoria-Zirkus. 7:1 (5:1). Der D.F.C. hatte am Sonntag einen seiner großen Tage: er bekundete wieder einmal, daß er, wenn er nur will, auch erstklassige tschechische Mannschaften glatt erledigen kann. Die richtige Ausnützung jeder Schulgelegenheit brachte der Viktoria die reichlich hoch ausgefallene Niederlage ein. Technisch waren die Blau-Weißen ihren Gegnern jederzeit sicher überlegen. Das Zirkuspublikum, das zahlreich erschienen war, versuchte durch Lärm und Zurufe Einfluß auf das Spiel zu gewinnen, was ihm aber nicht gelang. Dafür nützten die Viktoria-Spieler jede Gelegenheit aus, um zu zeigen, daß sie auch reichlich roh spielen können.

Sparta gegen Amateure 1:1 (1:0). Mit Mühe und Not gelang es der Sparta am Sonntag in Wien, noch ein unentschiedenes Resultat herauszuschinden. Das Spartator fiel in der 30. Minute, 70 Minuten der Spielzeit mußte sich die Sparta auf die Verteidigung beschränken, zumal Koda in der zweiten Halbzeit nicht mehr so recht mitkam. Der Ausgleich wurde aus einem wiederholten Elfmeter erzielt, nachdem die Amateure schon früher einen Elfmeter verschossen hatten. Das Publikum war mit den Entscheidungen des Schiedsrichters, eines Wiener Tschechen, nicht immer einverstanden, da er viele Unkorrektheiten der Sparta überließ.

Slavia gegen Hakoah-Wien 4:2 (1:1). Eine Schwächeperiode der Hakoahverteidigung in der zweiten Halbzeit brachte die Hakoah um den wohlverdienten Sieg. Die Hakoah lieferte das beste Spiel, das eine Wiener Mannschaft seit langem in Prag gespielt hatte. Der Schiedsrichter Herites leitete das Spiel einwandfrei. Natürlich paßten seine gerechten Entscheidungen einem großen Teil des Publikums nicht, das sich schon daran gewöhnt hat, daß der Schiedsrichter immer für die tschechischen „drückt“. Als der Rummel zu groß wurde, pfiff Herites fünf Minuten vor Schluß das Spiel kurzerhand ab. Das Publikum — das sich noch Sportpublikum nennt — drang in den Platz, so daß Herites nur unter dem Schutz von Wacheleuten die Rabine erreichen konnte. Slaviafunktionäre und Ordner beschränkten sich darauf, dieser Dankabstimmung eines verwilderten Publikums an einen korrekten Schiedsrichter ruhig zuzusehen. Herites kann noch von Glück reden, daß er nicht verprügelt wurde. Offensichtlich trägt diese unerquickliche Szene endlich dazu bei, daß die Schiedsrichtervereinigung die Plagherren dazu verhält, daß diese Rodamacher ohne viel Federlesen vom Platz weist.

Sonstige Resultate. Prag: D.F.C. Reserve gegen Sparta 2:2. Ueberraschender Erfolg der D.F.C. Reserve. Cecie Karlin gegen Meteor VII, 3:1. — Teply: T. F. K. gegen Union Zischow 3:1. — Brünn: Jüdischer Gau gegen tschechischen Gau 4:1. — Wien: Rapid gegen Slovan 6:4, Sportklub gegen Admira 1:1, Simmering gegen Wader 5:1, Hertha gegen Vienna 1:0!, W. A. F. gegen Ostmar 2:0. — Amsterdam: Holland gegen Schweiz 4:1. 25.000 Zuschauer. — Helsingborg: Helsingborg gegen Malmö 3:2. — Augsburg: Spielvereinigung Fürth gegen Schwaben 7:1. — Nürnberg: I. F. C. Nürnberg gegen Wader-München 0:0.

Liebes-Bafete

nach Deutschland (Inhalt: Sechswaren) verwendet H. Chmel & Co., Sechswarenfabrik, Prag Ruote, Oldrichova 42. Tel. 7502. Preisliste gratis.

Die Volksbuchhandlung

Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art

Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angefundigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Billiger

Lesestoff

Boccaccio, Amutige Geschichten. Bürger, Münchhausen. Sealsfeld, Brärie am Jacinto. Streubel, Der Arbeiter. Tostoi, Volkserzählungen. Preis gedbn. je 3 Kronen. Bücherzeichnisse kostenl. Buchhandlung Freibell Zeply-Ednau, Theresienasse 18.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat !!

Advertisement for Palma leather shoes. Features a large '3000%' graphic and an illustration of a shoe with the Palma logo. Text: 'bietet Palma Kautschukabsatzschle'.